

GESCHÄFTSBERICHT

2009 – 2011

Vorgelegt zum Landesparteitag in Offenburg 14./15.10.2011

**Baden-
Württemberg**

SPD



LANDESVORSTAND

1

- 4 Bericht des Landesvorstands
- 10 Der Landtagswahlkampf der SPD
- 13 Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen
- 13 Bericht des Schatzmeisters
- 16 Bericht der Landesschiedskommission
- 16 Bericht der Kontrollkommission
- 19 Kassenbericht
- 20 Organisationsbericht

PROJEKTGRUPPEN | BEIRÄTE | FOREN

2

- 24 Beirat Europa
- 25 Polizeibeirat
- 26 Migrationsbeirat
- 27 Sportbeirat
- 27 Forum Eine Welt
- 28 Christinnen und Christen in der SPD
- 30 Umweltbeirat
- 31 Beirat Netzpolitik

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

3

- 34 AfA Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
- 35 ASF Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- 38 Jusos Arbeitsgemeinschaft der Jusos
- 40 AG 60 plus Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren
- 41 AsJ Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- 42 ASG Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
- 43 AGS Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
- 46 Schwusos Arbeitskreis der lesbischen und schwulen Sozialdemokraten
- 47 Netzwerk Selbst Aktiv
- 48 SGK Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

DOKUMENTATION

4

- 52 Mitgliederstand (Stand: 31. Mai 2011)
- 54 Durchschnittsbeiträge 2009 – 2011
- 56 Terminkalender 2009 – 2011

1. LANDESVORSTAND

Bericht des Landesvorstands

Der Landtagswahlkampf
der SPD

Bürgermeister- und
Oberbürgermeisterwahlen

Bericht des Schatzmeisters

Bericht der
Landesschiedskommission

Bericht der
Kontrollkommission

Kassenbericht

Organisationsbericht

BERICHT DES LANDESVORSTANDS

Kraftvoll und entschlossen

Die Arbeit des Landesvorstands der SPD Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren war – wie könnte es anders sein – geprägt durch intensive Vorbereitungen auf die Landtagswahl am 27. März 2011. Doch am Beginn der Amtsperiode stand zunächst ein vielbeachtetes Findungsverfahren, das die traditionell basisdemokratische Orientierung der Landes-SPD erfolgreich fortsetzte: Die Bestimmung eines neuen Landesvorsitzenden in der Nachfolge von Ute Vogt durch eine Mitgliederbefragung.

Mitgliederbefragung, die I.: Überwältigende Teilnahme

Nachdem Ute Vogt im Zuge der Bundestagswahl 2009 ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Landesvorsitz angekündigt hatte, entschied der Landesvorstand, eine Befragung aller 39.000 Mitglieder der SPD Baden-Württemberg zur Bestimmung des bzw. der neuen Landesvorsitzenden durchzuführen. Der Landesvorstand beschloss, den Bewerber oder die Bewerberin, der oder die dabei die meisten Stimmen auf sich würde vereinen können, dem Landesparteitag am 27./28. November in Karlsruhe als neuen Landesvorsitzenden bzw. neue Landesvorsitzende vorzuschlagen.

Die Mitgliederbefragung entwickelte sich schnell zu einem vollen Erfolg unter bundesweiter Beachtung. Zu den gut 20 Vor-

stellungsrunden der drei Bewerber Hilde Mattheis, Nils Schmid und Claus Schmiedel kamen über 3.000 Parteimitglieder – und dabei stießen insbesondere die vier Regionalkonferenzen des Landesverbands in Ulm, Offenburg, Hockenheim und Gaildorf auf hohes Interesse.

Am späten Samstagabend, dem 21. November, stand dann in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle – nach einem wahren „Auszählmarathon“ und „glühenden Telefondrähten“ – das Ergebnis fest: 47,4 Prozent und damit fast die Hälfte aller SPD-Mitglieder im Land hatten sich an der Befragung beteiligt. 18.630 Stimmzettel wurden abgegeben, hauptsächlich per Briefwahl, aber auch direkt in einem der fast 300 Wahllokale in den Ortsvereinen.

Hier nochmals das Ergebnis:

Abgegebene Stimmzettel: 18.630

Davon gültig: 18.353

Enthaltungen: 165

Erststimmen

Hilde Mattheis:	5.341	29,1 %
-----------------	-------	--------

Nils Schmid:	8.481	46,2 %
--------------	-------	--------

Claus Schmiedel:	4.192	22,8 %
------------------	-------	--------

Zweitauszählung

Hilde Mattheis:	6.707	37 %
-----------------	-------	------

Nils Schmid:	10.303	56 %
--------------	--------	------

„Das ist der erste Schritt aus der Delle, die wir bei der Bundestagswahl bekommen haben“, sagte auch Nils Schmid, der damit klar das Rennen machte. Mit starken 88,6 Prozent wählten ihn die Delegierten auf dem Landes-



Dr. Nils Schmid, Landesvorsitzender

parteitag in Karlsruhe dann zum Nachfolger von Ute Vogt. Der neue Vorsitzende erklärte in seiner Bewerbungsrede, er wolle die SPD „breiter in der Gesellschaft verankern“ und die Mitglieder stärker einbinden. Inhaltlich wurden auf dem Parteitag mehrere Leittrträge für eine zeitgemäße Industriepolitik und für eine zukunftsfähige Infrastruktur in Baden-Württemberg verabschiedet und damit erste Grundlagen für das Vorwahljahr 2010 gelegt.

Vorwahljahr 2010: Wichtige Weichenstellungen

2010 wurden wichtige Weichen zur Landtagswahl 2011 gestellt – in konzeptioneller, inhaltlicher und personeller Hinsicht. Anbei die zentralen Anknüpfungspunkte.

Politischer Aschermittwoch

Beim politischen Aschermittwoch am 17. Februar in Ludwigsburg forderte Nils Schmid Ministerpräsident Mappus auf, seinen bisherigen „Zickzackkurs“ zu beenden und im Interesse des Landes Farbe zu bekennen. „Wackeldackelpolitik bringt nichts, schon gar nicht in der Krise“, so Nils Schmid. Vor rund 250 Gästen unterstrich der SPD-Landeschef, mit Mappus befinde sich Baden-Württemberg „auf einer Reise ins Ungewisse“. Als Gastredner kam Olaf Scholz ins Ludwigsburger Forum. Der stellvertretende Parteivorsitzende verurteilte die Steuersenkungen der schwarz-gelben Bundesregierung scharf und warf Bundeskanzlerin Merkel Führungs- und Konzeptlosigkeit vor.

Spitzentreffen in Mannheim

Auf dem Spitzentreffen am 20. März im Mannheimer Musikpark wurden Nägel mit Köpfen gemacht: Nils Schmid wurde zum designierten Spitzenkandidaten für die Landtagswahl bestimmt. Inhaltlich stand der Politikansatz im Zentrum, den Menschen vor Ort zu vertrauen anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. „Gefragt ist echte Bürgernähe statt zentraler Dirigismus – in allen landespolitischen Feldern“, so Nils Schmid in seiner Rede. Zum Spitzentreffen waren neben dem Landesvorstand auch die Landtagsfraktion, die Landesgruppe im Bundestag sowie die Kreisvorsitzenden und Oberbürgermeister der SPD geladen.

Landeskonferenz „Gesellschaft 2.0“

Auf der Landeskonferenz zur „Gesellschaft 2.0“ am 12. Juni in Leonberg sprachen sich die Delegierten für eine Stärkung der Freiheitsrechte im Internet aus. „Wir befinden uns in einem starken Spannungsfeld zwischen der Wahrung von Selbstbestimmung, von Freiheits- und Bürgerrechten einerseits und andererseits der Wahrung von Sicherheit, dem Schutz vor anonymer Kriminalität und dem Missbrauch persönlicher Daten“, erklärte Nils Schmid auf der LDK. Deshalb handele es sich bei diesen Fragen auch nicht um die Interessen einzelner „Technikfreaks“, sondern um ganz wesentliche gesellschaftliche Fragen, auf die die Sozialdemokratie eine Antwort geben müsse. Gemäß dem vorgelegten Leit-antrag beschloss die Konferenz, das Sperren von Internetseiten abzulehnen.

Wahlkampfschmiede eröffnet

Im September präsentierte die Landesspitze der Partei mit der Eröffnung der „Wahlkampfschmiede“ das Wahlkampfkonzept für 2011. „Wir werden weder einen plumpen Angriffswahlkampf noch einen beschönigenden Wahlkampf führen“, so Nils Schmid damals. „Unser Landtagswahlkampf wird ein Substanzwahlkampf.“ Der designierte Spitzenkandidat betonte, Baden-Württemberg sei in vielem längst weiter, als die bisherige Landesregierung dies erkennen wolle. „Deshalb stehen wir für eine Politik, die Antworten geben will anstatt Phrasen zu produzieren.“ Generalsekretär Peter Friedrich, der den Wahlkampf leitete, sagte, dieser neue Politikstil sei auch prägend für die Wahlkampagne. „Wir sind sicher, dass wir unsere Positionen durch Dialog und Offenheit am besten vermitteln und damit unseren Anspruch verdeutlichen, Partner der Bürger zu sein.“ (Alles rund um den Wahlkampf siehe nächstes Kapitel)

Parteitag in Ulm nominiert Spitzenkandidaten

Mit stolzen 92 Prozent nominierten die 320 Delegierten des Landesparteitags am 16. Oktober in Ulm Nils Schmid als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011. „Baden-Württemberg ist an einem Scheideweg angelangt“, rief Nils Schmid unter großem Beifall. „Wir brauchen jetzt einen mutigen Politikwechsel!“ Der Parteitag beschloss auch die vom Landesvorstand vorgelegte „Ulmer Erklärung“, in der der Politikwechsel nochmals auf den Punkt gebracht wurde:

„Wir stehen für ein soziales und modernes Baden-Württemberg und werden einen neuen Politikstil im Land prägen. Zu lange und zu oft haben die Menschen erlebt, dass die Landesregierung wichtige Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg fällt. Dabei braucht die Politik heute mehr denn je das Vertrauen der Menschen.“

Heiße Phase: Wahlkampf 2011 auf vollen Touren

Mit dem Jahreswechsel 2011 kam auch die heiße Phase des Landtagswahlkampfs. Überall im Land herrschte Wahlkampf auf vollen Touren. Hier einige zentrale Daten.

Stuttgarter Parteitag beschließt Regierungsprogramm

Minutenlang jubelten die Delegierten auf dem Landesparteitag am 22. Januar in der Stuttgarter Liederhalle ihrem Spitzenkandidaten Nils Schmid zu. Der Landesvorsitzende hatte die Genossinnen und Genossen zuvor auf den heißen Landtagswahlkampf eingeschworen. „Baden-Württemberg braucht den echten Wechsel“, rief Nils Schmid, der in seiner Rede auch das SPD-Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre einbrachte. „Es geht um Dialog oder Alleinherrschaft. Um Gemeinwohl oder Klientelpolitik. Um Chancen für alle oder Chancen für wenige. 58 Jahre sind genug. Wir haben das Programm für den Wechsel. Wir haben das Personal für den Wechsel. Lasst uns gemeinsam kämpfen, damit der Wechsel Wirklichkeit wird!“



Politischer Aschermittwoch

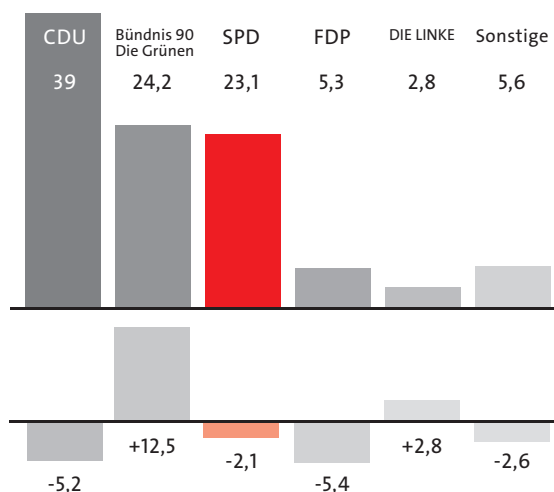
Auch beim politischen Aschermittwoch in Ludwigsburg am 09. März machte Nils Schmid vor fast 1000 begeisterten Anhängern deutlich, warum Baden-Württemberg nach 57 Jahren CDU-Regierung einen Wechsel braucht: „Die Leute haben genug von dieser Regierung. Eine Regierung, die eine Panne nach der anderen baut, die an der Macht klebt und nicht einmal weiß, was sie damit anfangen soll. Sie wollen keinen Ministerpräsidenten mehr, der über ein Land herrschen will, wenn er sich noch nicht einmal selbst beherrschen kann!“ Parteichef Sigmar Gabriel unterstrich, dass die SPD in Baden-Württemberg dabei eine Vorreiterrolle für ganz Deutschland einnimmt: „Am 27. März habt ihr die Chance, hier in Baden-Württemberg den Wechsel zu schaffen. Für Berlin wollen wir das spätestens 2013!“

Sofortprogramm für Baden-Württemberg

Im Endspurt zur Wahl stellte Nils Schmid am 13. März im Böblinger Meilenwerk sein Sofortprogramm für Baden-Württemberg vor. „Wir wollen mit unserer Politik neues Vertrauen schaffen. Deshalb werden wir direkt nach der Wahl den Weg für ein modernes und soziales Baden-Württemberg freimachen“, kündigte der Spitzenkandidat an. „Unser Land braucht neue politische Inhalte, vor allem braucht es einen neuen politischen Stil. Gemeinsam werden wir Baden-Württemberg demokratischer, wirtschaftlich stärker und sozial gerechter machen!“

Landtagswahl am 27. März: Der Wechsel beginnt

Die Landtagswahl am 27. März brachte dann auch den „echten Wechsel“ für Baden-Württemberg – für die SPD dabei mit „gemischten Gefühlen“, so SPD-Landeschef Nils Schmid kurz nach der Wahl. „Wir alle freuen uns, dass der Wechsel gelungen ist. Und wir sollten uns immer wieder bewusst machen, wie historisch dieser 27. März wirklich war. Gleichzeitig mischt sich in die Freude ein großer Wermutstropfen, denn am Ende lagen die Grünen eine Nasenlänge vor uns. Aber Wermut schmeckt nicht nur bitter, er wird auch als Heilpflanze verwendet. Deshalb sollten wir dieses Ergebnis als bitter-süße Medizin verstehen. Sie schmeckt nicht gut, aber sie hilft einem wieder auf die Beine. ‚Jetzt können wir unser Profil schärfen‘ – dieser Satz ist völlig richtig und gilt gerade jetzt für uns.“



Ergebnis der Landtagswahl 2011

Sowohl die Ressortverteilung als auch die Inhalte des in nur wenigen Wochen ausgehandelten Koalitionsvertrages haben gezeigt: Die SPD ist in dieser Koalition auf Augenhöhe mit den Grünen. „Wir werden in dieser Regierung die Garanten dafür sein, dass Baden-Württemberg nicht nur stark bleibt, sondern auch alle an diesem Erfolg teilhaben können“, so Nils Schmid.

Anbei die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung:



Dr. Nils Schmid, MdL
Stellvertretender
Ministerpräsident und
Minister für Finanzen
und Wirtschaft



Peter Friedrich
Minister für Bundesrat,
Europa und internationale
Angelegenheiten



Reinhold Gall, MdL
Innenminister



**Gabriele Warminski-
Leitheußer**
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport



Katrin Altpeter, MdL
Ministerin für Arbeit
und Sozialordnung,
Familie, Frauen und
Senioren



**Rainer Stickelberger,
MdL**
Justizminister



Bilkay Öney
Ministerin für
Integration



Ingo Rust, MdL
Staatssekretär im
Ministerium für Finan-
zen und Wirtschaft



Dr. Frank Mentrup, MdL
Staatssekretär im
Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport



Die sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Landesregierung.

Mitgliederbefragung, die II.: Überwältigende Zustimmung

Wie auf dem Stuttgarter Landesparteitag im Januar vereinbart, wurde der ausgehandelte Koalitionsvertrag den Parteimitgliedern in einer Basisbefragung zur Abstimmung vorgelegt. Und auch diese Mitgliederbefragung wurde zu einem vollen Erfolg: Ende April/Anfang Mai waren 12.795 von 14.067 Stimmen für den Koalitionsvertrag abgegeben worden, das bedeutete rund 92 Prozent Zustimmung. Damit hatten sich an der überwiegend per Briefwahl durchgeführten Befragung rund 37 Prozent aller SPD-Mitglieder im Land beteiligt. In etwa 220 Ortsvereinen und Kreisverbänden fanden auch vor Ort direkte Urnenwahlen statt.

Nils Schmid wertete dabei das Ergebnis als große Unterstützung für die neue Landesregierung. „Vor allem die überwältigende Zustimmung, aber auch die überraschend gute Wahlbeteiligung haben die hohe Zufriedenheit der SPD-Basis mit den Koalitionsverhandlungen gezeigt. Offenbar ist die sozialdemokratische Handschrift des Vertrags deutlich geworden“, so der Landesvorsitzende. „Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir einen neuen Politikstil verwirklichen. Jetzt werden wir es tun: Wir werden Baden-Württemberg zum demokratischen Musterland machen. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir den skandalösen Zusammenhang von Herkunft und Bildungschancen aufbrechen. Jetzt werden wir es tun: Wir werden Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass nur wir wirtschaft-

liche Stärke und soziale Sicherheit miteinander verbinden können. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen dafür die Weichen gestellt – kraftvoll und entschlossen.“

In der Folge stimmten die Delegierten des Landesparteitags am 07. Mai in Sindelfingen dem Koalitionsvertrag einstimmig zu.



Abstimmungsrunde auf dem Landesparteitag in Sindelfingen

Parteireform: Motor in der Diskussion

Doch nicht allein in der Landesregierung ist die SPD mit Schwung gestartet. Auch die vom Parteivorstand eingeleitete Diskussion um eine Reform der eigenen Parteistrukturen hat der Landesverband – gerade vor dem Hintergrund der hier erfolgreich praktizierten Basisbeteiligung – offensiv aufgenommen. Der Landesvorstand hat hierzu eigens eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die im Juli und

August sehr gut besuchte Regionalkonferenzen in allen Landesteilen organisierte.

„Die SPD ist eine Partei mit einer stolzen Geschichte“, so Nils Schmid. „Wir mussten unseren Namen nie ändern. Dennoch haben wir uns häufig verändert, um, wie es Willy Brandt formulierte, stets auf der Höhe der Zeit zu sein. Ich möchte, dass unsere SPD sich weiter öffnet und mehr Menschen mitnimmt.“ Die SPD Baden-Württemberg versteht sich demgemäß als Motor, die Gesamt-SPD zu einer „Mitmach-Partei“ fortzuentwickeln – mit lebendigen Debatten, Angeboten zur Projektarbeit und mehr Möglichkeiten, sowohl in Sach- als auch in Personalfragen mitzuentcheiden.

„Ihr seht: Viel ist geboten“, so Nils Schmid in der September-Ausgabe der Mitgliederzeitung ‚Vorwärts‘. „Ich freue mich auf eine diskussionsstarke Zeit nach den Sommerwochen!“ ■

DER LANDTAGSWAHLKAMPF DER SPD



3 von 8 Kampagnen-Themenplakaten



Wahlkampfschmiede

Der Wahlkampf zur Landtagswahl 2011 wurde auf hauptamtlicher Seite von der Wahlkampfschmiede betreut. Die „Schmiede“ nahm im April 2010 ihre Arbeit auf und hatte im Oktober ihre volle Personalstärke an altgedienten und neuen Kräften erreicht. Für den Wahlkampf wurde im Haus des Landesverbandes eine Etage angemietet, so dass eine enge Zusammenarbeit möglich war. Unterstützt und beraten wurde die Wahlkampfschmiede vom IFK Berlin. Für alle werblichen und strategischen Maßnahmen arbeitete der SPD-Landesverband mit der Stuttgarter Werbeagentur Dorten zusammen. Definiert durch eine eigene Charta zum Landtagswahlkampf gelang es einen neuen und sehr eigenen Stil der Wahlwerbung umzusetzen.

Charta für den Landtagswahlkampf

Für den Landtagswahlkampf hatte sich die SPD eine Charta gegeben, in der beschrieben wurde, wie der Wahlkampf geführt werden sollte. Insbesondere ging es darum, weder einen „plumpen Angriffswahlkampf“ noch einen „beschönigenden Leistungsbilanzwahlkampf“, sondern einen Substanzwahlkampf zu führen. Die Charta zeigte den neuen Politikstils, mit dem die SPD warb: Es ging um echte Bürgernähe durch Dialog, um das Ernstnehmen der Wählerinnen und Wähler.

Ausdruck dieses Substanzwahlkampfes waren z.B. die „Bilderwelten“, die Menschen aus Baden-Württemberg auf Plakaten und Flyern zeigten, sowie die „persönlichen drei Zeilen“ auf Kandidierendenplakaten bzw. der „Substanzblock“ auf Themenplakaten.

100-Dialoge-Tour

Auch diese stand ganz im Zeichen des neuen Politik-Stils. Es ging darum, auf die Bürgerinnen und Bürger zu hören, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. In über 120 Veranstaltungen quer durchs Land wurde der Dialog mit den Menschen vor Ort, Organisationen, Firmen und Verbänden gesucht. Man wollte ins Gespräch kommen und zuhören. Am Ende der 100-Dialoge-Tour stand ein „Bürgerprogramm“: ein Regierungsprogramm, das die SPD gemeinsam mit den über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tour quer durch Baden-Württemberg entwickelt hatte.

Volksabstimmung 2011

Ein, wenn nicht sogar das bestimmende Thema des Wahlkampfs war Stuttgart 21. Der SPD ging es darum, eine Brücke zwischen den Lagern zu bauen, anstatt diese immer weiter zu spalten. Deshalb wurde die noch amtierende CDU/FDP-Landesregierung aufgefordert, in einer landesweiten Volksabstimmung die Frage nach Fortführung des Projekts Stuttgart 21 oder den Ausstieg aus diesem zu stellen. Die Regierung hat dieser Forderung nicht entsprochen. Folglich hat die SPD im Herbst 2010 angekündigt, für den Fall einer rot-grünen Mehrheit nach der Landtagswahl das Projekt zum Gegenstand einer verbindlichen Volksabstimmung zu machen. Im Zentrum stand dabei von Anfang an das sogenannte Ausstiegsgesetz. Der Landesverband warb für diesen „Weg der Versöhnung“ in einer eigenen Kampagne mit einer speziellen Homepage, mit Transparenten und Handzetteln.

Weitere Veranstaltungen

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen. Neben der obligatorischen Spitzenkandidaten-Tour und der Promi-Tour, bei der man versuchte, trotz der gesunkenen Anzahl sehr bekannter SPD-Politiker möglichst in jedem Wahlkreis eine Veranstaltung zu ermöglichen, wurde diesmal besonders viel Wert auf die Einbindung der ehrenamtlichen Wahlkampf-Teams gelegt. So wurden mehrere Wahlkampfleitertreffen organisiert, auf denen Neuerungen im Wahlkampf direkt mitgeteilt wurden und sich die Wahlkämpferinnen und -kämpfer vor Ort mit der Schmiede austauschen konnten. Die letzte Veranstaltung in dieser Reihe war der Wahlkonvent in Böblingen Mitte März. Dort stellte Nils Schmid sein Regierungsteam sowie das Sofortprogramm vor und mobilisierte gemeinsam mit dem Porsche-Betriebsratsvorsitzenden Uwe Hück die Anwesenden für den Wahlkampfsprint.

Die letzten zweieinhalb Tage vor der Wahl waren von der „57-Stunden-für-den-Wechsel“-Aktion geprägt. Jeweils vier Mitglieder des Teams aus Haupt- und Ehrenamtlichen beantworteten per E-Mail und über eine Hotline die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Dies wurde per Live-Stream im Internet übertragen.

Neuerungen

Das System der Ombudsleute war ein Service an die Wahlkampf-Teams vor Ort. Diese hatten eine/n persönliche/n Ansprechpartner/in in der Wahlkampfschmiede. Diese/r stand den Wahlkämpferinnen und -kämpfern bei

allen Fragen und Problemen zur Seite. Die Garantie, Antworten bzw. Lösungen innerhalb von zwei Werktagen bereitzustellen, konnte größtenteils eingehalten werden.

Jedem Kandidierenden wurde ein „Basispaket“ zur Verfügung gestellt. Statt eines finanziellen Zuschusses des Landesverbands an jeden Wahlkreis (unabhängig vom Basispaket erhielten neue Kandidierende zusätzlich einen Zuschuss von 3.000 EUR) gab es mit dem Basispaket eine einheitliche Grundausstattung an Plakaten, Materialien und Flyern. Mit diesem wurde garantiert, dass überall zumindest ein Basiswahlkampf stattfinden konnte.

Ein besonderes Angebot an die Kandidierenden war die Individualisierbarkeit von Plakaten und Werbematerialien. Insbesondere die individuellen Großflächenplakate („Wesselmänner“) fanden großen Anklang und wurden von vielen genutzt.

Durch das „Team Schmid für Baden-Württemberg“ konnte die SPD im Wahlkampfsprint zeigen, dass sie nicht nur die Inhalte, sondern auch das Personal für den Wechsel hatte. In diesem Schattenkabinettt stellte Nils Schmid eine kompetente Regierungsmannschaft für die wichtigsten Politikfelder vor.

Veranstaltungen mit dem potentiellen Koalitionspartner sind eher ungewöhnlich, in diesem Wahlkampf gab es sie aber. Winfried Kretschmann und Nils Schmid traten in der Schlussphase hin und wieder gemeinsam auf um zu zeigen, dass Grüne und SPD gemeinsam für den echten Wechsel und einen neuen Politikstil in Baden-Württemberg



kämpften. Das Thema bei diesen Veranstaltungen war oft die Atomenergie, zu dem es ebenfalls in der Schlussphase (nach der Katastrophe in Japan) eine Schlussmobilisierung mit einem Sonderplakat gab.

Ein sogenannter Phrasenmäher wurde als Online-Spielerei genutzt: dieser „mähte“ über hohle politische Phrasen und unverständliche Satzkonstrukte hinweg, die Nils Schmid in klare Aussagen übersetzte. Auch dies war ein Ausdruck des Substanzwahlkampfes. ■

BÜRGERMEISTER- UND OBERBÜRGERMEISTERWAHLEN: MÖGLICHKEITEN NUTZEN!

Die Überschrift „Stetige Herausforderung und Chance“ über dem Beitrag zu diesem Thema im Geschäftsbericht zum Landesparteitag 2007 kann in jedem Jahr wiederholt werden.

Der öffentlich immer häufiger beklagte Befund der abnehmenden Zahl ernst zu nehmender Bewerber/innen bei (Ober-)Bürgermeisterwahlen betrifft auch die SPD. Wir alle müssen diejenigen, die die Entwicklung der Gesellschaft mitgestalten wollen, ermuntern, ihre Chance in den Kommunen zu suchen. (Ober-)Bürgermeister/innen haben die Möglichkeit, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern politische Ziele in konkrete Projekte umzusetzen.

Beratung und Weiterbildungsmöglichkeiten werden vom SPD-Landesverband sowohl

möglichen Bewerber/innen als auch den vor Ort Verantwortlichen in der Partei angeboten. Sie werden zwischenzeitlich nicht nur von SPD-Mitgliedern und Parteilosern, sondern auch von Mitgliedern der politischen Konkurrenz nachgefragt.

Fehlende Beratungs- und Qualifizierungsangebote der politischen Konkurrenz und die noch geringere Verankerung in den Kommunen von FDP und Grünen, deren Mitglieder einen Anteil von weniger als 1 Prozent an der Zahl aller (Ober-)Bürgermeister/innen in Baden-Württemberg stellen, sind kein Grund, in den eigenen Bemühungen nachzulassen. CDU-Mitglieder sind bei der Gesamtzahl der (Ober-)Bürgermeister/innen im Land mit weniger als 30, SPD-Mitglieder mit weniger als 7 Prozent vertreten.

Ansprechpartner für diesen Bereich ist Erich Holzwarth. ■

RECHENSCHAFTSBERICHT DES SCHATZMEISTERS 2009 – 2011

Die Arbeit des Landesverbandes war in den Jahren 2009 bis 2011 im Finanzbereich wesentlich durch die Bundestagswahl 2009 und die Landtagswahl 2011 geprägt. Durch eine konsequent sparsame Haushaltsführung und die Fortsetzung der Strukturreform 2011 konnten die gesteckten Ziele erreicht und Rücklagen für die Landtagswahl gebildet werden. Der anhaltende Mitgliederrückgang und die Verluste bzw. das Stagnieren bei den Wahlen haben jedoch den finanziellen Spielraum wieder stark eingeschränkt.

Rückläufige Mitgliederentwicklung

Seit Jahren ist die Mitgliederentwicklung der SPD rückläufig. Auch der Landesverband Baden-Württemberg macht da keine Ausnahme. So sank die Zahl der Mitglieder von 39.500 im Jahr 2009 auf 38.070 im Jahr 2011. Folgen dieser Entwicklung sind eine stetige Verschlechterung der Finanzkraft und der Organisationsfähigkeit der Partei. Gleichzeitig wächst der Bedarf an hauptamtlicher und professioneller Unterstützung in den Wahlkämpfen, aber auch im Hinblick auf die „normale“ Verwaltung der Parteiarbeit.

Verluste bei Parteienfinanzierung

Bereits durch die Landtagswahl 2006 hatte der Landesverband einen jährlichen Einnahmeverlust aus der Parteienfinanzierung von 270.000 Euro hinnehmen müssen. Durch die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 mit einem Rückgang von über 6 Millionen Stimmen im Bund wurde die Lage auch für die Landespartei zusätzlich verschärft, da weniger Ausgleichsmittel von der Bundespartei und Beiträge der Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehen. Die Landtagswahl 2011 hat der Landespartei wieder einen leichten Zuwachs bei den absoluten abgegebenen Wählerstimmen gebracht. Allerdings kompensieren die Mehreinnahmen in Höhe von ca. 80.000 Euro die Verluste von 2006 nur zu einem kleinen Teil.

Strukturreform 2011

Seit den einschneidenden Beschlüssen zur Haushaltsstruktur im Jahr 2003, mit denen die laufenden Personal- und Geschäftskosten

den veränderten Mitgliedszahlen angepasst werden sollten, hatte der Landesvorstand große Anstrengungen unternommen, um die Organisationsstruktur effektiver und effizienter zu gestalten. Im Oktober 2005 hatten Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz mit großen Mehrheiten das „Organisationskonzept 2011“ verabschiedet. Mit diesem Konzept sollte einerseits die finanziell gebotene Konzentration unserer hauptamtlichen Organisation in Angriff genommen werden und andererseits eine effektive und effiziente Betreuung in der Fläche gewährleistet werden. Die Umsetzung durch die Gründung von Regionalzentren konnte 2011 abgeschlossen werden. Nur durch diese Anstrengungen konnte die Landespartei ausreichende Rücklagen für den Landtagswahlkampf 2011 bilden.

Sparsame Haushaltsführung

Der Landesverband hat im Berichtszeitraum seinen konsequenten Kurs der sparsamen Haushaltsführung fortgesetzt. Die Beschäftigten haben mit einem moderaten Tarifvertrag ihren Beitrag zur Konsolidierung der Landespartei geleistet. Gleichzeitig haben wir Ausgaben für Fachtagungen, Veranstaltungen und Material begrenzt, ohne die Arbeitsfähigkeit der SPD zu gefährden.

Beitragserhöhung

Zur Verbesserung der Finanzsituation unternimmt der Landesvorstand Anstrengungen, um die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erhöhen. In regelmäßigen Abständen werden einzelne Mitgliedergruppen zur einkommens-



gerechten Beitragsentrichtung (Stichwort Beitragsehrlichkeit) aufgefordert. Ergänzend erfolgte nach der Landtagswahl 2011 eine Anpassung bzw. Überprüfung der Beiträge und Abgaben von Mandatsträgern und -trägerinnen, Ministern sowie politischen Beamten. Durch diese Maßnahmen gelang es, ca. 10.000 Euro monatliche Mehreinnahmen zu erzielen.

Landtagswahlkampf

Durch die sparsame Haushaltsführung konnten in den letzten Jahren in nennenswertem Umfang Rücklagen für den Landtagswahlkampf aufgebaut werden. Für den Landtagswahlkampf standen Mittel in Höhe von ca. 2,2 Mio. Euro zur Verfügung (incl. Zuschüsse an die Wahlkreise), die wegen der Sonderkampagne „Volksabstimmung S21“ im Herbst 2010 um 100.000 Euro aufgestockt wurden. Dieser Ansatz konnte weitgehend eingehalten werden. Zusätzliche Kosten von etwa 70.000 Euro fielen im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen an. Der endgültige finanzielle Abschluss des Landtagswahlkampfes steht noch aus.

Unterstützung für strukturschwache Kreisverbände

Im Zuge der Strukturreform des Landesverbandes Baden-Württemberg hat der Landesparteitag sowie die Kreisvorsitzendenkonferenz die Finanzausstattung der Kreisverbände neu geregelt. Zur Sicherheit der Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände wurde eine finanzielle Mindestausstattung eingeführt, die jeder Kreisverband erhält (sogenanntes Kreisbudget). Den Kreisverbänden

verbleibt nach der Beitragsverteilung durch den Parteivorstand einheitlich ein Beitragsanteil von neun Prozent vom Beitrag jedes Mitglieds. Ein Prozent des Beitrags fließt in eine Umlage beim Landesverband. Aus dieser Umlage wird ein Aufstockungsbetrag für finanzschwache Kreisverbände zur Erreichung eines Mindestbetrages an Beitragseinnahmen finanziert. Der verbleibende Restbetrag aus der Umlage fließt in einen Fonds. Die Richtlinien und die Verwaltung des Fonds werden im Wesentlichen von der Kreisvorsitzendenkonferenz festgelegt bzw. bestimmt.

Mitgliedsbeiträge sind Grundlage der politischen Arbeit

Entscheidend für unsere weitere Handlungsfähigkeit ist die Mitgliederentwicklung. Durch den demographischen Wandel drohen unserer Partei in den nächsten Jahren dramatische Veränderungen. Nur wenn es uns gelingt, den Mitgliederrückgang in den nächsten Jahren aufzuhalten und durch eine profilierte und attraktive Politik wieder mehr Bürgerinnen und Bürger zu einer Mitarbeit in der SPD zu bewegen, werden wir die finanziellen, aber auch die organisatorischen Grundlagen für unsere politische Arbeit sichern können. Die finanzielle Basis der SPD als Mitgliederpartei ist und bleibt der Beitrag der einzelnen Mitglieder. Entscheidend für die Bereitschaft unserer Mitglieder sich finanziell für die SPD zu engagieren, ist eine schlagkräftig und effizient arbeitende hauptamtliche Organisation und eine profilierte und damit attraktive Politik der SPD auf Landes- und Bundesebene. ■



BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Während des Berichtszeitraums hat die Landesschiedskommission ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt, das am 13. November 2010 mit einem Vergleich abgeschlossen worden ist. In diesem Verfahren hatte ein Kreisverband Ordnungsmaßnahmen gegen sechs Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion beantragt, darunter den Fraktionsvorsitzenden. Er warf ihnen neben der Nichtabführung der Mandatsträgerbeiträge im Jahr 2010 vor, nach der Kreistagswahl 2009 die Wahl der ebenfalls dieser Fraktion angehörenden Kreisvorsitzenden in die Ausschüsse des Kreistages verhindern zu haben. Nach intensiven Bemühungen der Schiedskommission zur Konfliktlösung verpflichteten sich die Antragsgegner, ihre zurückgehaltenen Beiträge an die Kreiskasse abzuführen und ihre Beiträge künftig wieder ordnungsgemäß zu zahlen. Außerdem erklärte der Fraktionsvorsitzende sich bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Kreisvorsitzende bis zur Sommerpause 2011 einen Sitz in einem beschließenden Ausschuss des Kreistages oder in einem vom Kreistag zu besetzenden Aufsichtsrat sowie einen Sitz als Stellvertreterin in einem dieser Gremien erhält. Die anderen Antraggegner verpflichteten sich, den Fraktionsvorsitzenden hierbei zu unterstützen. Ob mit diesem Vergleich die persönlichen und inhaltlichen Konflikte innerhalb der Kreistagsfraktion dauerhaft gelöst werden konnten, ist der Landesschiedskommission nicht bekannt.

Norbert Schröder-Klings
Vorsitzender ■

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

I. Allgemeiner Bericht

Die Kontrollkommission (KK) des Landesverbandes hat sich seit dem letzten ordentlichen Landesparteitag zu fünf Sitzungen getroffen. Die für die Finanzen zuständige stellvertretende Landesgeschäftsführerin nahm stets an den Sitzungen teil, der Landesgeschäftsführer und der Schatzmeister bei Bedarf.

Die Vorsitzende der KK bzw. ihre Stellvertreterin haben an den meisten Sitzungen des Landesvorstands teilgenommen.

Regelmäßig wurde Aktuelles aus dem Landesvorstand sowie die Finanzsituation des Landesverbands behandelt. Basierend auf der aktuellen Lage sowie Belegprüfungen wurden Einzelthemen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, der allgemeinen politischen Arbeit und dem Beitragswesen erörtert.

Haushaltssituation, allgemeine Finanzen

Die Abschlüsse 2009 und 2010 sowie die Haushaltspläne 2010 und 2011 wurden eingehend beraten. Es wurde geprüft, ob die jeweiligen Haushaltsansätze eingehalten bzw. zutreffend ermittelt wurden. Trotz erheblicher Unwägbarkeiten wie Wahlergebnisse, Mitgliederänderungen, Personal- und Bürokosten konnten die Einnahmen- und Ausgabenansätze im Wesentlichen eingehalten werden. Zwar haben die vor einigen Jahren ergriffenen Sparmaßnahmen bereits Erfolge



Kontrollkommission des Landesverbandes

gezeigt, dennoch muss dieser Kurs auch im Hinblick auf die gesunkenen Mitgliedseinnahmen beibehalten werden. Nur so können wir erreichen, dass der Landesverband funktioniert, und weiterhin Beratung, Fortbildung und Unterstützung sowie die erforderlichen finanziellen Mittel für Wahlkämpfe und Kampagnen gewährleisten.

Beiträge, Spenden

Wie in den Vorjahren wurden die Mitglieder- und Beitragsentwicklungen analysiert.

Für das Haushaltsjahr 2010 mussten vor allem auf Grund der Bundestagswahl 2009 und der geringeren Anzahl an Bundestagsabgeordneten die Mitgliedsbeiträge um 50.000 Euro niedriger gegenüber dem Ergebnis von 2009 angesetzt werden.

Die verschiedenen Aufforderungen des Landesverbands und des Landesvorsitzenden im Herbst 2010 auf Überprüfung und ggf. Anpassung der Beiträge konnte ein positiver Rücklauf verzeichnet werden. Insbesondere die Personenkreise Funktions- und MandatsträgerInnen, Kreis- und Fraktionsvorsitzende, Oberbürger- und Bürgermeister kommen jetzt ihren Verpflichtungen eher nach. Diese Thematik muss aber ständig auf der Tagesordnung bleiben.

Die jetzige positive Entwicklung begrüßen wir als Ergebnis der von der KK oft angeregten Maßnahmen zu Beitragsehrlichkeit. Ausgiebig diskutiert wurde die durch Anstiege bei Diäten und Kostenpauschalen in Land und Bund begründete aktuelle Änderung von Beiträgen und Abgaben für MandatsträgerInnen.

Spenden von natürlichen und juristischen Personen fielen nicht aus dem üblichen Rahmen und blieben gegenüber anderen Parteien auf relativ niedrigem Niveau.

Landtagswahl

Der Landtagswahl-Etat wurde vom Landesvorstand auf 2,2 Mio. Euro festgelegt, für eine Sonderkampagne „Stuttgart 21“ wurden weitere 100.000 Euro bewilligt.

Die KK hat sich umfassend über die Maßnahmen im Landtagswahlkampf, den Personaleinsatz, die Personalkosten und Kampagnen informiert sowie das Abrechnungsverfahren hinterfragt. Hierzu stand u.a. der Wahlkampfleiter Daniel Rousta ausführlich zur Verfügung. Die KK hat auf die Einhaltung des Etatansatzes und auf eine gesonderte Abrechnung der Sonderkampagne gedrungen. Den vorläufigen Finanzabschluss der Landtagswahl haben wir bereits eingehend erörtert; der endgültige Abschluss wird im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2011 vorliegen.

Organisation, Personal, Allgemeines

Die KK wurde laufend über den Stand der auf Grund finanzieller Notwendigkeiten unumgänglichen Organisations- und Strukturreform informiert, die bereits ihre personellen, organisatorischen und finanziellen Auswirkungen zeigt. Seit dem 01.01.2010 fließen die Zahlen der acht Regionalzentren in die Buchhaltung des Landesverbands und nicht wie bisher der Kreisverbände ein. Dies wird die organisatorische und finanzielle Vergleichbarkeit gewährleisten.

Auch die personelle Situation bei der Landesgeschäftsstelle wurde erörtert, da laufende Verwaltungs- und Buchhaltungsarbeiten wegen Überstundenabbaus sowie Mehrbelastungen durch (Regional-)Parteitage, Mitgliederbefragung und Landtagswahlkampf zum Teil nicht zeitnah erledigt werden konnten. Auf Grund dessen, aber auch noch ausstehender Rechnungen wegen, musste der Haushaltsabschluss 2010 im Präsidium, Landesvorstand und in der KK in vorläufiger Form beraten werden. Der endgültige Abschluss liegt mittlerweile vor und wurde besprochen.

Gegen die Neuregelung der Kreisverbandsumlage bestanden bei der KK keine Bedenken.

Der Konflikt um die Weigerung eines Kreisverbandes auf Erstattung der anteiligen Portokosten für den Versand der Beitragsquittungen konnte nach mehrmaliger Einschaltung der KK einvernehmlich gelöst werden.

II. Revisionsbericht

Revisionstätigkeit

Die Mitglieder der KK erfüllen auch die Aufgaben der Rechnungsprüfung, vorwiegend im sachlichen Bereich, da die rechnerische Prüfung, die Prüfung der Mittelflüsse sowie die Beurteilung im Rahmen des HGB einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft obliegen.

Die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2008 und 2009 wurden der KK vorgelegt und mit der Vollständigkeitserklärung der Revisoren und Revisorinnen versehen.

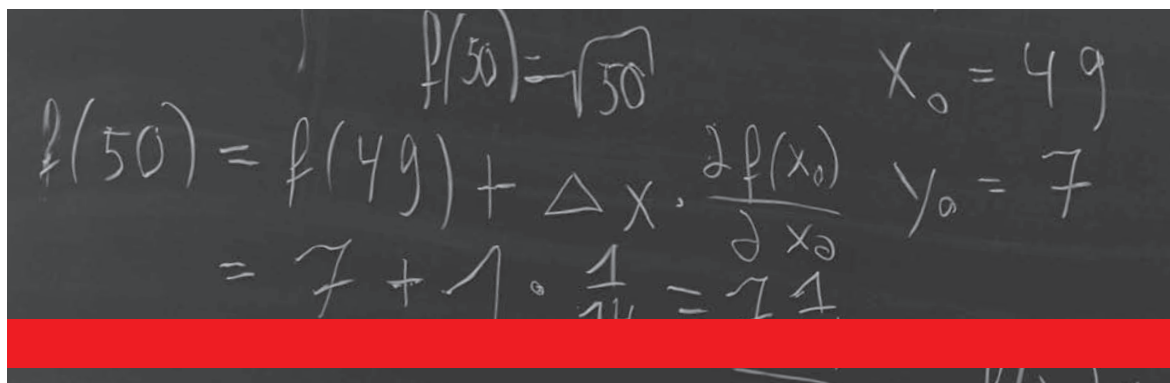
Nach der Verabschiedung im Landesvorstand wurden der KK auch die Abschlüsse 2009 und der (vorläufige) Abschluss 2010 sowie die Haushaltspläne 2010 und 2011 und die mittelfristige Finanzplanung vorgelegt und ausführlich durch den Schatzmeister erläutert.

In unregelmäßigen Abständen wurden die Barkasse, die Buchhaltungsunterlagen und Belege 2009, 2010 und (zum Teil) 2011 stichprobenweise und nach unterschiedlichen Schwerpunkten geprüft. Eine zeitnahe Prüfung der Belege 2010 war zuweilen wegen Buchhaltungsrückständen aus Personalüberlastung nicht möglich.

Die KK konnte feststellen, dass die Buchhaltung ordnungsgemäß und übersichtlich geführt wird und inhaltlich aussagekräftig ist. Rückfragen wurden jeweils sofort beantwortet bzw. ihre Erledigung nachgereicht. Die Landesgeschäftsführung nahm dabei viele Anregungen auf. Salden- und Kontenlisten als Zwischeninformation über den Stand der Einnahmen und Ausgaben konnten wegen der genannten Personalsituation nicht immer vorgelegt werden. Durch Umstrukturierungsmaßnahmen bzw. Veränderung der Sachbearbeitung in der Buchhaltung wird hier zukünftig eine reibungslose Abwicklung möglich sein.

Entlastung

Auf Grund der bei den Prüfungen von Buchhaltung, Belegen und Jahresabschlüssen 2009 und 2010 getroffenen Feststellungen schlägt die Kontrollkommission die Entlastung des Landesvorstands in Finanzangelegenheiten vor. ■



$$f(50) = f(49) + \Delta x \cdot \frac{df(x_0)}{dx_0}$$

$$f(50) = 7 + 1 \cdot \frac{1}{14} = 7\frac{1}{14}$$

$f(50) = \sqrt{50}$ $x_0 = 49$
 $y_0 = 7$

KASSENBERICHT 2009/2010

	Abschluss 2009	Abschluss 2010
Einnahmen	Euro	Euro
Mitgliedsbeiträge	2.353.327,95	2.348.453,40
Beiträge Mandatsträger	165.481,00	149.781,38
Zinseinnahmen	28.299,54	17.951,49
Veranstaltungen/Vertrieb von Druckschriften u. ä.	4.510,06	6.486,90
Spenden	34.748,33	69.968,73
Staatsmittel	1.521.175,18	1.211.638,74
Zuschüsse von Gliederungen**	624.924,10	338.331,44
Einnahmen Jusos bzw. RPJ-Mittel	90.898,11	68.328,52
Sonstige Einnahmen	646,49	2.998,19
Gesamt	4.824.010,76	4.213.938,79
Ausgaben	Euro	Euro
Personalausgaben*	2.829.184,27	2.649.877,89
Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	502.208,52	520.669,05
Allgemeine politische Arbeit	464.252,62	289.687,85
Wahlen	569.550,15	1.040.334,44
Zuschüsse an Gliederungen**	35.662,30	121.263,19
Zinsaufwendungen Abschr. Forderungen	0,00	89,42
Betriebsrente (Verzinsung Rückstellung)	129.006,36	55.272,07
Sonstige Ausgaben	5.217,55	30,00
Gesamt	4.535.081,77	4.677.223,91
Einnahmen insgesamt	4.824.010,76	4.213.938,79
Ausgaben insgesamt	-4.535.081,77	-4.677.223,91
Haushaltssaldo	288.928,99	-463.285,12

* Rückstellung für Pensionssicherungsverein, sowie aufgrund der gesetzlichen Regelungen buchungstechnische Rückstellung für Altersteilzeit sowie Alt-Urlaubsansprüche und Überstunden

** Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften sind Verrechnungen nur z. T. berücksichtigt.

ORGANISATIONSBERICHT 2009 – 2011

Mitgliederentwicklung und Mitgliederkampagne

Die Mitgliederentwicklung der baden-württembergischen SPD war auch in den vergangenen beiden Jahren geprägt von den Umbrüchen nach der verlorenen Bundestagswahl 2009, der Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz mit ihrem stark mobilisierenden Effekt und der Kampagne zur Landtagswahl 2011. Auswirkungen auf die Mitgliederbewegung hatten natürlich auch die Auseinandersetzungen zum Thema Stuttgart 21 im Sommer 2010 sowie die Regierungsbildung im Frühjahr 2011. Im Gesamtergebnis bleibt die Zahl der Mitglieder aber weiterhin leicht rückläufig, auch wenn es uns seit 2008 ungebrochen gelingt, die Zahl der Austritte zu verringern und durch Neueintritte vollständig zu kompensieren.

Im Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf unternahmen viele Gliederungen auch Aktivitäten zur Gewinnung von Neumitgliedern im politischen Umfeld. Auch im Bundestagswahlkampf gab es einige Aktionen zu verzeichnen, besonders in Kreisen, in denen die SPD traditionell nicht so stark ist, wie in Ostwürttemberg oder dem nördlichen Schwarzwald. Ein ungeahnter Mitgliederansturm setzte aber nach der verlorenen Bundestagswahl ein. Viele Menschen gerade jüngeren und mittleren Alters kommen nun zu uns, weil sie der Meinung sind, dass soziale Demokratie und Gerechtigkeit zeitlose

Werte sind, die nicht an den Rand gedrückt werden dürfen. Diese Menschen gilt es in die Partei einzubinden und langfristig zu halten.

Es bleibt aber ein gravierendes Problem der SPD auch in Baden-Württemberg, dass der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder immer weiter steigt.

Entgegnet werden kann dieser negativen Entwicklung durch verstärkte und systematische Bemühungen, neue Mitglieder zu werben und alte zu halten. Dafür stehen über die Regionalzentren Präsentationen und Vorlagen zur Planung der Mitgliederkampagne auf Ortsvereinsebene bereit. Praxisbeispiele für gelungene Aktionen und Kampagnenelemente wurden im Internet und über den Newsletter veröffentlicht sowie bei verschiedenen Sitzungen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden erläutert. Eine positive Mitgliederentwicklung kann nur erzielt werden, wenn das Thema auf allen Ebenen der Partei mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelt und verfolgt wird. Durch Geradlinigkeit, interessante Aktionen und eine offensive und ehrliche Darstellung der SPD in der Öffentlichkeit gelingt Mitgliederwerbung, wie Beispiele zeigen, auch in vermeintlich schlechten politischen Zeiten. Eine besondere Bedeutung beim Werben und Halten unserer Mitglieder kommt sicher den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf den unterschiedlichen Ebenen zu. Auch hier gilt es noch einiges zu tun und zu verbessern, sind es doch vor allem die Mandatsträger, welche durch ihre Darstellung in der Öffentlichkeit das Bild der Partei ausmachen und Menschen zum Beitritt motivieren



können. Ebenfalls der Verbesserung bedarf die Rolle der Arbeitsgemeinschaften als Bindeglieder zwischen der SPD und politisch interessierten zivilgesellschaftlichen Gruppen. Auch die anstehende Parteireform mit dem Ziel der Öffnung der SPD für Interessierte und einem Mehr an innerparteilicher Demokratie und Beteiligungskultur muss zur verstärkten Mitgliederwerbung genutzt werden. Die Befragungen zum Landesvorsitz und zum Koalitionsvertrag haben gezeigt, dass wir durch stärkere Basisbeteiligung an Attraktivität gewinnen können.

Organisationsreform

Entsprechend den Beschlüssen und Verabredungen zum Strukturkonzept „SPD 2011“ standen im Berichtszeitraum die Diskussionen mit und in den Regionen betreffend der Ausgestaltung und Umsetzung des Konzeptes sowie die abschließende Bildung aller Regionalzentren im Land an. Dabei fanden die wesentlichen Umsetzungsschritte zum Jahreswechsel 2009/2010 sowie im Frühjahr 2010 statt. Es galt, die Kampagne zur Landtagswahl möglichst nicht zu beeinträchtigen und trotzdem den Organisationsumbau nicht aus dem Blick zu verlieren.

Der auf dem Landesparteitag 2009 mit großer Mehrheit beschlossene Vorschlag zur Neuauftellung der Finanzbeziehungen zwischen den Kreisverbänden und dem Landesverband wurde erfolgreich umgesetzt.

Durch diese Maßnahme wird die Finanzausstattung aller Kreisverbände verbessert, und die finanzschwachen unter ihnen erhalten ein Beitragsminimum zur Absicherung ihrer

politischen Arbeit. Durch den nun zu bildenden Struktur- und Innovationsfonds können darüber hinaus wichtige Projekte in den Kreisen gefördert werden. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus vier Kreisvorsitzenden, dem Schatzmeister und dem Landesgeschäftsführer wurde mit der Erarbeitung von Kriterien für diesen Fonds beauftragt. Diese Aufgabe konnte aufgrund des Landtagswahlkampfes noch nicht erfüllt werden.

Die Zusammenführung der bisherigen Geschäftsstellen zu Regionalzentren wurde in allen Landesteilen erfolgreich abgeschlossen.

Die Geschäftsstellen Offenburg und Lörrach wurden Ende 2009 in das Regionalzentrum Freiburg integriert, die Geschäftsstelle Esslingen und Göppingen im Herbst 2010 in das Regionalzentrum Stuttgart. Nach den Landtagswahlen wurden planmäßig die letzten verbliebenen Einzelgeschäftsstellen im Land aufgelöst und damit die Bildung aller Regionalzentren, soweit es vertraglich möglich war, abgeschlossen:

GS Mannheim → RZ Heidelberg/Rhein-Neckar

GS Crailsheim → RZ Aalen

GS Mosbach → RZ Heilbronn

GS Balingen → RZ Stuttgart

Alle anstehenden personellen Änderungen wurden unter Beteiligung der betroffenen Kreisverbände und unter Berücksichtigung der Aufgaben im Landtagswahlkampf umgesetzt. Auch in diesem Zusammenhang ist die beschlossene Strukturreform mit dem Erreichen der vereinbarten personellen Abdeckung in allen RZ nun erfolgreich abgeschlossen.

Weitestgehend beendet ist darüber hinaus die Angleichung der technischen Ausstattung aller RZ. Hier soll ein einheitlicher Dienstleistungsstandard für alle Gliederungen Einzug halten.

Einen weiteren wichtigen Baustein der Reform stellt nun Diskussion und Verabredung von verbindlichen Aufgaben für alle Regionalzentren dar. Dieser Prozess wurde im Jahr 2008 begonnen, aber durch die Wahlkämpfe seit 2009 unterbrochen. Im Jahr 2012 muss dieser Diskussionsprozess, nun unter den neuen Rahmenbedingungen einer Regierungspartei und in Umsetzung der Beschlüsse zur Parteireform, wieder aufleben und zu einem Abschluss kommen.

Im Ergebnis der Arbeit der vergangenen zwei Jahre und im Lichte der abgelaufenen Wahlkampagnen wird es in Zukunft noch stärker darauf ankommen, ein verbessertes Zusammenwirken der Mandatsträger mit den Gliederungen der Partei und den Regionalzentren zu etablieren. Die Schließung kleiner Geschäftsstellen im Land richtet den Blick der Basis und der Öffentlichkeit verstärkt auf die Mandatsträger aus Bund, Land und Europa. Hier werden wir unsere Anstrengungen verstärken müssen, an die Abgeordnetenbüros angelehnte Bürgerbüros und -zentren für die örtlichen Gliederungen zu bilden. Die Präsenz der SPD in Baden-Württemberg kann und wird in Zukunft nicht mehr durch den Landesverband allein hergestellt werden. Alle Gliederungsebenen und Funktionsträger sind hier gemeinsam gefordert.

Marten Jennerjahn
Landesgeschäftsführer 

2. PROJEKTGRUPPEN | BEIRÄTE | FOREN

Beirat Europa

Polizeibeirat

Migrationsbeirat

Sportbeirat

Forum Eine Welt

Christinnen und Christen in
der SPD

Umweltbeirat

Beirat Netzpolitik

BEIRAT EUROPA

Im Beirat Europa treffen sich etwa viermal im Jahr Genossinnen und Genossen, die sich dafür einsetzen, dass die Europapolitik stärkere Berücksichtigung in den innerparteilichen Prozessen sowie ihren Platz in den gesellschaftlichen Diskussionen findet. Es wird die aktuelle Europapolitik diskutiert, es werden Handlungsstrategien und -instrumente erarbeitet und in die entsprechenden Gremien der SPD eingebracht. Besonders wichtig sind den Mitgliedern des Beirates die Kommunikation mit den Europaabgeordneten, die regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen, und die Diskussion mit den Mitgliedern vor Ort, oftmals in dafür eingerichteten Arbeitskreisen, die sich mit Europa, grenzüberschreitender Zusammenarbeit oder internationaler Politik beschäftigen.

So hat sich in den vergangenen Jahren ein Pool von europapolitischem Sachwissen zusammengefunden, der insbesondere bei der Vorbereitung von Wahlen, der Formulierung von Partei- und Regierungsprogrammen, bis hin zu den die Europapolitik betreffenden Ausführungen im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD in der neuen Landesregierung von Baden-Württemberg von großer Bedeutung ist.

Die Arbeitsthemen reichen von der öffentlichen Daseinsvorsorge über eine stärkere Integration innerhalb der Europäischen Union, insbesondere hinsichtlich einer echten Wirtschafts- und Finanzregierung unter den Aspekten der sozialen Gerechtigkeit, bis hin zur Gestaltung von Förderprogrammen

durch das Land Baden-Württemberg und die Möglichkeiten für Kommunen, daran teilzuhaben.

Ein wichtiges Thema war die Bewertung der Freizügigkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern zum 01. Mai 2011 und die Unterstützung des DGB bei der Verteilung von Handreichungen, die Haushalts-hilfen und Pflegekräfte aus Osteuropa über ihre Rechte informieren.

Diskutiert wurde auch die Neu- Ausrichtung der „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union im Sinne einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas.

Breiten Raum nahm die Stabilität des Euro in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein, insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Schuldendebatte in den europäischen Ländern, bis hin zur Frage, welche Kriterien denn neue Mitgliedstaaten, die den Euro einführen wollen, erfüllen müssen. Hierzu will der Europabeirat ein Forum auf Landesebene anbieten.

Die vorgesehene Bildungsreise nach Rumänien musste leider wegen der Landtagswahl 2011 verschoben werden, soll aber im kommenden Jahr stattfinden.

Engen Austausch strebt der Beirat mit dem Europaminister der Landesregierung Peter Friedrich an. Ein erstes Treffen ist für den 08. Oktober 2011 vereinbart. Geplant sind Termine vor Ort, zum Beispiel der Besuch einer Informations- und Beratungsstelle für Grenzgänger/-innen sowie die Vorstellung von EU-geförderten Projekten in der grenzüberschreitenden Arbeit.



Die Mitglieder des Beirats Europa freuen sich, dass die Europapolitik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Schwerpunkte in das Arbeitsprogramm des Landesvorstandes 2011 – 2013 aufgenommen wurden. ■

POLIZEIBEIRAT

Schwerpunkt der Arbeit des SPD-Polizeibeirates im Berichtszeitraum war die Erstellung eines Partei-Programms zum Thema „Innere Sicherheit – Innerer Friede auf dem Weg zur Bürgerpolizei“. Nach Abschluss der Arbeit wurde es dem Landesvorstand vorgelegt und ausführlich mit den Vertretern des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion diskutiert. Das Papier wurde im Landtagswahlkampf 2011 allen Landtagskandidatinnen und -kandidaten zur Verfügung gestellt und auf deren Homepage veröffentlicht. Die SPD-Baden-Württemberg war im Übrigen die einzige Partei, die bei der Landtagswahl mit einem eindeutigen und ausführlichen Programm zur Inneren Sicherheit und zum Thema Polizei aufwarten konnte.

Zum Auftakt des Landtagswahlkampfes fand am 30.10.2010 in Reutlingen, parallel zum WahlkämpferInnentreffen, unter dem Titel „Bildung – Integration – Beschäftigung“ eine gemeinsame Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften der SPD Baden-Württemberg und der Beiräte Polizei und Migration statt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung hatte der Polizeibeirat gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) zu einem Workshop

mit dem Thema „Ohne Bildung = kriminell. Stimmt das?“ geladen.

Nach der Landtagswahl war auch der Vorsitzende des Beirats in die Vorbereitungen und die Koalitionsverhandlungen eingebunden. Am 06. April 2011 nahm er neben den heutigen Ministern Reinhold Gall (Inneres) und Rainer Stickelberger (Justiz) an der Verhandlung zum Thema Innere Sicherheit teil, bei dem die Einführung der zweigeteilten Laufbahn, der Stopp des Personalabbaus bei der Polizei und weitere wichtige Punkte durchgesetzt werden konnte. Seit der Regierungsübernahme beschäftigt sich der SPD-Beirat mit der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Punkte.

Auch beteiligte sich der Polizeibeirat zusammen mit den übrigen Arbeitsgemeinschaften an den Beratungen zur aktuellen Parteireform.

Martin Zerrinius

Vorsitzender des Polizeibeirates ■

MIGRATIONSBEIRAT

Das Forum Migrationsbeirat hat in den vergangenen zwei Jahren vielfältige Impulse für aktive Integrationsarbeit der SPD Baden-Württemberg gesetzt. Priorität hatte dabei immer die Aktivierung und der Aufbau von Strukturen vor Ort. So wurde aktiv die Gründung von „Neuen Inländer-Stammtischen“ im ganzen Land begleitet. Auf Landesebene fand ein stetiger Austausch zur Koordination der gemeinsamen Aktivitäten und zur Vorbereitung von Anträgen für die SPD-Landesparteitage statt.

Herausragende Veranstaltungen auf Landesebene waren die beiden großen Integrationskonferenzen im April 2010 in Stuttgart mit 100 TeilnehmerInnen und im November 2010 in Mannheim mit 300 TeilnehmerInnen.

Durch Gründung der offenen Netzwerke „SPD ve biz“ und „SPD s nami“ wurden attraktive Angebote für türkischstämmige MigrantInnen und Spätaussiedler aus den GUS-Staaten geschaffen.

Im Landtagswahlkampf hat „SPD ve biz“ unter der Leitung von Macit Karaahmetoglu und mit Unterstützung Ferdinand Kuschnicks und vieler anderer eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto „50 Veranstaltungen für 50.000 Wählerstimmen“ organisiert. Diese im Landtagswahlkampf durchgeführten Veranstaltungen von „SPD ve biz“ zum Thema „Integration durch Beteiligung, sozialer Aufstieg durch Bildung“ waren ein wichtiger Pfeiler für die Mobilisierung von MigrantInnen für die SPD. Hierbei wurden insgesamt

über 50 Veranstaltungen in ganz Baden-Württemberg durchgeführt, 32 davon gemeinsam mit den LandtagskandidatInnen unserer Partei. Den Höhepunkt der Veranstaltungsreihe bildete eine Großveranstaltung in der Stuttgarter Liederhalle mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel, dem SPD-Landesvorsitzenden Nils Schmid und über 500 TeilnehmerInnen.

Durch die Schaffung des neuen Ministeriums für Integration fühlt sich das Forum Migrationsbeirat in seiner Arbeit bestärkt und hat bereits kurz nach deren Vereidigung eine gemeinsame Veranstaltung mit Integrationsministerin Bilkay Öney durchgeführt.

Das Forum hat mittlerweile zwei Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Themen Wirtschaft und Bildung beschäftigen.

Zuständig für das Forum Migrationsbeirat im SPD-Landesvorstand sind Petar Drakul (KV Mannheim), Stella Kirigiane-Efrimidis (KV Rhein-Neckar) und Macit Karaahmetoglu (KV Ludwigsburg). ■



Macit Karaahmetoglu, Dr. Nils Schmid und Sigmar Gabriel während der Veranstaltung von „SPD ve biz“ in Stuttgart



SPORTBEIRAT IN BEWEGUNG!

Der Sportbeirat der Landes-SPD hat unter Vorsitz von Peter Hofelich von 2009 bis 2011 regelmäßig getagt, seine aktive Mitgliedschaft verbreitert und in engem Kontakt mit der SPD-Landtagsfraktion sportpolitische Initiativen im Lande angestoßen. Der Sportbeirat trifft sich zwei- bis dreimal im Jahr. Ihm gehören Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Sportverbänden, Vereinen, Kommunalpolitik und Landespolitik an. Der Mitgliederstand umfasst ca. 60 Mitglieder. Zu den Sitzungen erscheinen in der Regel 10 - 15 Mitglieder. Im Berichtszeitraum sind mehrere neue Mitglieder hinzugestoßen, die im Sport wichtige Funktionen des Sports innehaben. Zwei herausragende Ereignisse haben die Arbeit der vergangenen zwei Jahre bestimmt: Erstens der Kongress ‚Sport und Bewegung‘, auf dem körperliche Aktivität im frühkindlichen Alter im Mittelpunkt stand, u.a. mit Professor Spitzer und VFB-Präsident Erwin Staudt; zweitens die Mitarbeit am Kapitel „Sport“ des Regierungsprogramms der neuen grün-roten Landesregierung. Diese sportpolitische Programmatik hat der SPD von den Sportverbänden und den Vereinen Anerkennung, Lob und Interesse eingebracht. Der Sportbeirat wird auf dieser neu gewonnenen Anerkennung aufbauen. Eine Tour der im Landtag vertretenen Sportpolitiker durch die Gremien des Sports im Lande, aber auch weitere interessante Veranstaltungen für eine fortschrittliche Sportpolitik in Baden-Württemberg sind geplant.

Peter Hofelich
Vorsitzender SPD-Sportbeirat ■

FORUM EINE WELT

Das Forum Eine Welt in der SPD Baden-Württemberg hat im Jahr 2009 mit dem in Stuttgart stattgefundenen Bundestreffen der Landes-Foren Eine Welt seine seit 2007 laufende Veranstaltungsreihe zu den „Millenniumszielen“ der UN abgeschlossen. Insgesamt waren 14 Kreisverbände mit ihren Mandatsträger(inne)n daran beteiligt. Im Bundestagswahlkampf 2009 wurden keine weiteren eigenen Initiativen durchgeführt, aber die entwicklungspolitischen Positionen der SPD in zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen vertreten.

Seit der Bundestagswahl und auch nach der Landtagswahl 2011 ist das Forum personell deutlich verändert und gestärkt worden. Karin Roth, MdB für Esslingen und aktives Mitglied des Bundestagsausschusses für Entwicklungspolitik, hat zahlreiche Impulse zur Neugestaltung der Arbeit des Forums gegeben; Walter Krögner, entwicklungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion bis 2011, und sein Nachfolger Hans Peter Storz haben sich zu enger Kooperation bereit erklärt. Mit der Regierungsbeteiligung der SPD im Land (erstmalig seit 1996) ist auch das Forum aufgerufen, verantwortlich Regierungspolitik mitzugestalten. Derzeit werden Grundsätze und Eckpunkte für das entwicklungspolitische Profil des Landes erarbeitet, die zusammen mit Landesminister Peter Friedrich öffentlich vorgestellt werden. Daraus werden sich Ansätze für eine neue Veranstaltungs- und Seminarreihe in Kooperation mit Kreisverbänden und Mandatsträger(inne)n

ergeben. Aufgrund der Initiative von Karin Roth konnte erstmals ein „Newsletter“ des Forums verbreitet werden.

Wichtige Kooperationspartner sind der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen - DEAB - in Baden-Württemberg, dem das Forum als förderndes Mitglied ohne Stimmrecht angehört, sowie das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mitglieder des Koordinationskreises des Forums Eine Welt sind bei zahlreichen Veranstaltungen beider Organisationen beteiligt. Zum Forderungskatalog des DEAB zur Entwicklungspolitik im Vorfeld des Landtagswahlkampfes hat das Forum konstruktive Anregungen für die Kandidierenden gegeben. Auch mit der größten Organisation der Entwicklungszusammenarbeit im Land, „Brot für die Welt“ in Stuttgart, bestehen enge personelle und inhaltliche Verbindungen. Wir arbeiten basisnah... Und wir brauchen weitere aktive Mitglieder vor allem an der „Basis“ der Partei!

Dr. Peter Müller-Rockstroh
Koordinator des Forum Eine Welt seit 2004 ■

CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD

Im Gesprächskreis organisieren sich seit Jahren Christinnen und Christen, die sich sowohl in und für die SPD als auch in Kirchengemeinden engagieren. Unser Gesprächskreis ist ökumenisch und wird von einem Sprecherteam geleitet. Die Adressdatei umfasst ca. 800 Personen. Neben dem landesweiten Gesprächskreis gibt es noch regionale Gesprächskreise, die sich regelmäßig treffen, so zum Beispiel Arbeitskreise Christen und SPD in Heilbronn, Ravensburg und Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis.

Wir beteiligen uns an der innerparteilichen Diskussion und arbeiten aktiv, oft auch als Mandatsträger, in der SPD mit. Viele von uns treffen sich im Gesprächskreis des Landesverbandes „Christinnen/Christen und SPD“, um sich auszutauschen und im Gespräch mit Landtags- und Bundespolitikern ihre Standpunkte einzubringen. Unter

www.christen.bawue.spd.de sind wir auf der SPD-Homepage zu finden.

Themen und Aktivitäten 2010 und 2011

23.02.2010

„Mensch lebt nicht vom Geld allein – was setzt die SPD gegen die ‚Magie des Geldes‘?“ mit Nils Schmid

25. 03. 2010

„Salz in der SPD“ – Was können wir als Christinnen und Christen in die SPD einbringen?



18.11.2010

„Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts – auch eine Herausforderung für die SPD“ mit Prof. Heiner Flassbeck und Dr. Rainer Prewo, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

08.12.2010

„Raus aus Afghanistan?“ Streitgespräch zwischen Rainer Arnold MdB und Andreas Zumann, Journalist

19.01.2011

„Wie viel Privatschule darf ein Staat zulassen – führen (kirchliche) Privatschulen zur Selektion von Kindern?“ Gesprächspartner: Norbert Zeller MdL und Oberkirchenrat Werner Baur

16.02.2011

„Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“. Eine Arbeitsgruppe des Gesprächskreises stellt ihr Arbeitspapier vor*

15.04.2011

„SPD nach der Wahl: Vorwärts wohin?“

12.05.2011

Forum Zivilgesellschaft: „Wie viel Volk darf sein? – Basisdemokratie versus repräsentative Demokratie“ mit Prof. Dr. Gesine Schwan

15.09.2011

„Die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika – Hintergründe und politischen Auswirkungen.“ Gesprächspartner: Rainer Lang, Pressesprecher der Diakonie-Katastrophenhilfe

11.10.2011

„Wachstum – das goldene Kalb der Moderne?“ Gesprächspartner: Minister Peter Friedrich

Sprecherteam: Otto Haug, Rainer Hub, Rainer Lang, Susanne Mauch und Paul Schobel

Kontaktadresse:

Otto Haug
Bellinostraße 30/2
72764 Reutlingen

Telefon: 07121/26 74 47

E-Mail: otto.haug@web.de ■

* Der Gesprächskreis wird sein Positionspapier „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“ im Februar 2012 der Sozialministerin übergeben.

UMWELTBEIRAT

Stadt Land Fluss

Der Umweltbeirat bringt Kompetenz aus Bürgergesellschaft, Verbänden, Wirtschaft, Partei, Parlament und Regierung an einen Tisch. Sein Anliegen: Spürbare Impulse geben für eine Politik der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Der Umweltbeirat hat sich 2010/11 zu acht Veranstaltungen und Sitzungen getroffen:

- am 11. Mai 2010 in Stuttgart mit den thematischen Schwerpunkten **Energie in kommunaler Hand und nachhaltige Mobilität**;
- am 26. Juli und am 08. Dezember 2010 in Karlsruhe zur Erarbeitung des **Regierungsprogramms der SPD Baden-Württemberg** und von Positionen im Dialog mit den großen Umweltverbänden des Landes, sowie zur Beratung der Entwürfe des SPD-Landesvorstands;
- am 15. Oktober 2010 in Ulm zur Besichtigung des **Forschungszentrums Car2Go** auf Initiative von Rita Schwarzelühr-Sutter, mit Nils Schmid und Hilde Mattheis – dabei hat sich der Umweltbeirat über das innovative Mobilitätskonzept von Daimler informiert, das ermöglicht, elektrisch betriebene Kleinstwagen alltäglich ohne feste Miet- und Rückgabestationen zu nutzen;
- am 02. April 2011 und am 10. April 2011 in Offenburg mit **Ernst-Ulrich von Weizsäcker** und VertreterInnen der großen Umweltverbände des Landes zur Begleitung der Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen;

- am 15. September 2011 in Karlsruhe mit **Johannes Stober MdL** zu den thematischen Schwerpunkten **Windkraft** und **Nationalpark Nordschwarzwald** sowie zu den Leitlinien einer sozialdemokratischen Umweltpolitik;

- am 17. September 2011 auf Initiative von **Gerhard Gaiser** zum Informations-Rundgang im Bereich des möglichen **Nationalparks Nordschwarzwald** unter der Leitung von Dr. **Wolfgang Schlund**, Leiter des Naturschutzzentrums **Ruhestein**, und mit VertreterInnen aus den betroffenen SPD-Kreisverbänden **Freudenstadt, Calw, Rastatt und Ortenau**. Hier hat der Umweltbeirat zu den Bemühungen beigetragen, auf begründete Bedenken der lokalen Holzwirtschaft einzugehen und unbegründeten durch Aufklärung entgegenzutreten.

Ansprechpartnerinnen aus dem SPD-Landesvorstand:

Elvira Drobinski-Weiß, MdB
Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Jana Zirra

umweltbeirat@spd-stadtlandfluss.de
www.spd-stadtlandfluss.de
www.facebook.com/umweltbeirat ■



Landesdelegiertenkonferenz Gesellschaft 2.0 am 12. Juni 2010 in Leonberg

BEIRAT NETZPOLITIK

Der Beirat Netzpolitik hat sich am 08.12.2010 in der Landesgeschäftsstelle konstituiert. Gründungsmitglieder sind: Peter Friedrich, Dirk Baranek, Dejan Perc, Gerhard Boehmler, Christian Soeder, Thomas Wunsch, Daniel Abban, Andreas Raschke, Gerhard Heckmann, Anna Stoll, Marcus Jainta.

Unsere öffentliche Seite ist hier zu erreichen:
<http://spd-netzpolitik.de/baden-wuerttemberg/>

Es existiert eine Mailingliste mit mittlerweile 42 Mitgliedern:

<http://groups.google.com/group/spd-bw-netzpolitik>

Weiterhin existiert eine interne Seite, mit der wir unsere Aktivitäten bündeln:

<https://sites.google.com/site/spdbwnetzpolitik/>

Zugriff darauf erhält jedes an Netzpolitik interessierte SPD-Mitglied aus Baden-Württemberg.

Kontakt: christian.soeder@spd-rn.de

Nach dem Gründungstermin haben wir uns ein weiteres Mal während des Landesparteitags am 22.01.2011 getroffen und dort die weitere Vorgehensweise besprochen. Wir waren uns einig, die Koordination vor allem online zu erledigen. Außerdem wurde auf Initiative von Jan Mönikes besprochen, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Workshop zu Netzpolitik durchzuführen.

Im Juni haben wir Innenminister Reinhold Gall für seinen Vorstoß zur Vorratsdatenspeicherung kritisiert, den er dem Parteitagebeschluss entgegen unternommen hatte:

<http://blog.spd-bw.de/2011/06/22/spd-landesbeirat-netzpolitik-baden-wuerttemberg-kritisiert-position-von-landesinnenminister-gall-in-bezug-auf-vorratsdatenspeicherung/>

Zudem haben wir einen Musterantrag zur Vorratsdatenspeicherung und einen Musterantrag zur Errichtung eines Forum Netzpolitik auf Bundesebene erarbeitet.

Christian Soeder ■



2. PROJEKTGRUPPEN | BEIRÄTE | FOREN



3. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

| SGK

AfA Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD

ASF Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen

Jusos Arbeitsgemeinschaft der
Jusos

AG 60 plus Arbeitsgemein-
schaft sozialdemokratischer
Seniorinnen und Senioren

AsJ Arbeitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Juristinnen und
Juristen

ASG Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokraten im Gesund-
heitswesen

AGS Arbeitsgemeinschaft der
Selbständigen in der SPD

Schwusos Arbeitsgemeinschaft
der lesbischen und schwulen
Sozialdemokraten

Netzwerk Selbst Aktiv

SGK Sozialdemokratische
Gemeinschaft für Kommunal-
politik

AfA ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN

Der amtierende AfA-Landesvorstand wurde im November 2009 in Karlsruhe gewählt. Vorsitzender ist Udo Lutz, seine Stellvertreter sind Lillo Chianta und Marion von Wartenberg. Weiter gehören dem Landesvorstand an: Cordula Becker, Kai-Steffen Bliesener, Dr. Katrin Distler, Gisela Haupt, Sascha Meßmer, Eric Preußker, Helmut Roth, Adnan Sabah, Wendelin Schmidt, Michael Seis, Evi Simmler und Michael Weiß. Die Landesvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab.

Der AfA-Landesvorstand tagte in der Regel monatlich. Dabei setzten wir uns mit den Themen Leiharbeit, Arbeitnehmerdatenschutz, Tariftreuegesetz und Rente auseinander. In unseren Veranstaltungen befassten wir uns mit der „Zukunft des Automobilclusters Baden-Württemberg“ und mit „Keine Zwei-Klassen-Medizin – Bürgerversicherung jetzt!“.

Vom 16. bis 18. April 2010 fand in Potsdam die AfA-Bundeskonferenz statt. Baden-Württemberg nahm mit 18 Delegierten teil. Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Udo Lutz als Beisitzer in seinem Amt bestätigt.

Nach den Betriebsratswahlen luden wir im Juli 2010 erstmals mit Nils Schmid zu einem Sommerempfang für Personal- und Betriebsräte ins Waldheim Heslach in Stuttgart ein. Auch im Jahr 2011 setzten wir dies fort, der Empfang fand im September statt.

Im November 2010 konnten wir für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschafter eine Veranstaltung mit unserem Vorsitzenden Sigmar Gabriel durchführen. Trotz der Kurzfristigkeit und der ungünstigen Lage des Termins fanden sich über 100 Teilnehmer im Stuttgarter IGM-Haus ein.



AfA-Landesvorsitzender Udo Lutz und Sigmar Gabriel beim Gespräch mit Betriebsräten am 18.11.2010 in Stuttgart

Im Rahmen des Landtagswahlkampfs fand in Mannheim eine mit rund 300 Teilnehmern gut besuchte Betriebsräte- und Gewerkschafterkonferenz statt. Zum Thema „Neuer Fortschritt und mehr Demokratie“ sprachen und diskutierten u.a. Sigmar Gabriel, DGB-Vorsitzender Michael Sommer, Kurt Beck, Bezirksleiter Jörg Hofmann von der IG Metall Baden-Württemberg und AfA-Bundesvorsitzender Ottmar Schreiner.



Die AfA hat sich bei der Erstellung des Regierungsprogramms intensiv eingebracht. Besonders erfreulich ist dabei aus unserer Sicht, dass es gelungen ist, im ausgehandelten Koalitionsvertrag unsere sozialdemokratische Politik im Bereich Arbeit und Soziales zu verankern, und dass mit Katrin Altpeter wieder die SPD die Arbeits- und Sozialministerin stellt.

Die Zusammenarbeit ist mit allen unseren Regierungsmitgliedern sehr gut. Im September 2011 besuchte Nils Schmid die Belegschaft der Robert Bosch GmbH in Stuttgart-Feuerbach. Im Mittelpunkt stand der Strukturwandel in der Automobilindustrie, die Senkung des Kurzarbeitergeldes durch die Bundesregierung sowie die Themen: Kinderbetreuung, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung.

Mit den anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften arbeitet die AfA eng zusammen. Wir beteiligen uns an den AG-Vorsitzenden-Treffen und an gemeinsamen Veranstaltungen; so z.B. bei „Bildung – Integration – Beschäftigung“ im Oktober 2010, wo die AfA gemeinsam mit der ASF den Workshop „Wie geht Gute Arbeit“ angeboten hat.

Derzeit bereiten wir unsere Landesdelegiertenkonferenz vor, die im November in Böblingen stattfinden wird.

Udo Lutz
AfA-Landesvorsitzender ■

ASF ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN

Das vorrangige Ziel der ASF ist und bleibt es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen. Wir leisten wichtige Zielgruppenarbeit für die Partei. Gerade Frauen haben einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit. Deshalb richten wir uns an den sozialdemokratischen Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ aus. Leider haben die letzten Wahlanalysen gezeigt, dass immer weniger Frauen SPD wählen. Das Profil unserer Partei so zu schärfen, dass sie wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit gesehen wird, ist uns Ansporn.

Öffentlichkeitsarbeit betreiben wir zum einen mit unserer Homepage asf-bw.de. Dort finden sich Termine, Pressemitteilungen und Veranstaltungsberichte, aber auch Positionspapiere stehen zum Download bereit. Zum anderen erscheint unsere Zeitschrift „ASF aktuell“ regelmäßig alle 6 bis 8 Wochen und informiert über die Arbeit des Landesvorstands, der Bundes-ASF sowie der Landtags- und Bundestagsfraktion. Den Kreisverbänden bieten wir die Möglichkeit, Beiträge zu veröffentlichen. Die Kolumne „Lila Brombeere“ erscheint regelmäßig zu aktuellen Themen, mit denen Susi Schnäpf kritisch ins Gericht geht. Alle Ausgaben des ASF aktuell sind auch auf der Homepage nachzulesen.

Zahlreiche Pressemitteilungen zu aktuellen Themen repräsentieren unser gleichstellungspolitisches Engagement, bedauerlicherweise ist der Niederschlag in den Medien gering.

Wir unterstützen die Arbeit der Kreisverbände, sei es durch Vermittlung von Referentinnen und Referenten, durch Unterstützung bei ASF-Neugründungen oder durch die Kommunikation der Kreisverbände miteinander.

Im November 2011 wurde Claudia Sünder auf der Landesdelegiertenkonferenz der ASF in Mannheim zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ursula Hammer, die dieses Amt zwei Jahre lang ausübte, hatte nicht mehr kandidiert. Auch im übrigen Vorstand gab es einige Veränderungen und neue Gesichter.

Der ASF-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich. Dabei laden wir abwechselnd zur Landesvorstandssitzung und zur Landesausschusssitzung ein. Die Ausschusssitzungen finden meist in den Kreisverbänden statt. So waren wir im Berichtszeitraum in Baden-Baden, Göppingen, Konstanz, Ulm, Freiburg, Ludwigsburg und Esslingen zu Gast. Dabei informierten wir uns z.B. über Frauen beim SWR, über Frauen bei der Polizei oder über die Situation von Hochschulesekretärinnen und lernten Wissenswertes über Frauen der jeweiligen Stadtgeschichte. Im Februar 2010 traf sich der Landesvorstand zu einer Klausurtagung auf Schloss Kapfenburg im Ostalbkreis. Aus aktuellem Anlass finden immer wieder Telefonkonferenzen statt.

An der ASF-Bundeskonferenz im Juni 2010 in Bonn-Bad Godesberg nahmen wir mit einer 19-köpfigen Delegation teil. Evelyne Gebhardt MdEP wurde als stellvertretende Bundesvorsitzende in ihrem Amt bestätigt, und mit Dr. Claudia Schöning-Kalender als Beisitzerin stellt Baden-Württemberg ein zweites Mitglied des Bundesvorstands.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf haben wir einen Sommer-Workshop „Kreativ und vergnügt in den Landtagswahlkampf“ angeboten, der in Radolfzell, Mannheim und Schorndorf stattfand. Lediglich der Termin in Ulm musste abgesagt werden. Viele Frauen haben das Angebot genutzt und wertvolle Anregungen mit nach Hause genommen.

Im Landtagswahlkampf hat die ASF mit vier Themenflyern auf sich aufmerksam gemacht, die von den Gliederungen rege nachgefragt wurden. Kurz vor dem Wahltag haben wir zu einer After-Work-Party ins Kulturwerk Stuttgart-Ost eingeladen. Prominente Gastrednerin war Gesine Schwan und auch Clara Zetkin hatte es sich nicht nehmen lassen, uns ihre Aufwartung zu machen. Bei Live-Musik der Gruppe Mu6 wurde bis in die späte Nacht getanzt.

Unsere gleichstellungspolitischen Forderungen haben wir sowohl im Wahlprogramm als auch im Koalitionsvertrag verankern können. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Trotz der Tatsache, dass die SPD jetzt mitregiert, bleibt leider festzustellen, dass es auch bei dieser Landtagswahl nicht gelungen ist, den Frauenanteil deutlich zu erhöhen. Traurig, dass auch in unserer Landtagsfraktion nur noch sechs Frauen vertreten sind. Wir werden deshalb unermüdlich daran weiterarbeiten, mehr Frauen zu Kandidaturen zu ermutigen. Gleichzeitig ist aber unserer Meinung nach auch eine Reform des Wahlrechts unerlässlich. Wir Frauen in der SPD haben in den letzten Jahren viel erreicht, zufrieden sein können wir aber noch lange nicht!



Die baden-württembergische Delegation bei der ASF-Bundeskonferenz 2010

Mit einer feierlichen Eröffnung hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im Februar 2011 ihre Ausstellung „Frauenrechte sind Menschenrechte“ zum 100-jährigen Jubiläum des Internationalen Frauentags präsentiert. Rednerinnen waren Claudia Sünder, Andrea Hoffend und Herta Däubler-Gmelin.

Die ASF arbeitet weiter eng mit anderen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Zum einen finden regelmäßig Treffen der AG-Vorsitzenden statt, zum anderen gab es gemeinsame Veranstaltungen. Im Oktober 2010 fand in Reutlingen die Veranstaltung „Bildung – Integration – Beschäftigung“ statt. Nach einer Rede unseres Spitzenkandidaten Nils Schmid boten die Arbeitsgemeinschaften Workshops zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen an. Die ASF hatte zusammen mit der AfA das Thema „Wie geht Gute Arbeit“ übernommen. Auch auf diesem Landesparteitag sind wir erneut mit gemeinsamen Anträgen vertreten, so zum Beispiel im Rahmen der Debatte um die Parteireform.

Auf der letzten ASF-Bundeskonferenz wurde vereinbart, dass sich die Landesvorstände von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg zur besseren Verzahnung der jeweiligen Aktivitäten gelegentlich zu einem Gedankenaustausch treffen wollen. Ein erstes Treffen fand im Juli 2011 in Ulm statt, zu dem aber – wegen Terminkollision bei den Hessinnen – nur die Bayerinnen erscheinen konnten.

Im Landesfrauenrat Baden-Württemberg ist die ASF weiterhin mit ihrer stellvertretenden Vorsitzenden Esther Peylo vertreten. Sie ist dort Beauftragte für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Derzeit bereiten wir unsere nächste Landesdelegiertenkonferenz vor, die am 22. Oktober 2011 in Lorch stattfinden wird.

Claudia Sünder

Landesvorsitzende der ASF ■

JUSOS ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUSOS

Nach dem Bundestagswahlkampf 2009 wendete sich der Juso-Landesverband wieder der intensiven inhaltlichen Arbeit zu. In der Projektgruppe „Sozialstaat in der Wirtschaftskrise“ wurde ein umfangreicher Leit-antrag für die Juso-Landesdelegiertenkonferenz (LDK) am 08./09. Mai 2010 in Konstanz vorbereitet. Auf der Konferenz bestätigten die Delegierten den Juso-Landesvorsitzen den Frederick Brütting (KV Ostalb) in seinem Amt.

Zur inhaltlichen Vorbereitung des Landtagswahlkampfes rückte im Jahr 2010 die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit des Juso-Landesverbandes. Auf einem „Bildungsgipfel“ im Juli 2010 in Karlsruhe mit über 70 TeilnehmerInnen wurden gemeinsam mit ExpertInnen aus dem Bildungsbereich Positionen zur Bildungsreform in Baden-Württemberg erarbeitet.

Landtagswahlkampf 2011: „Bildung kann was!“

Den Landtagswahlkampf 2011 bestritten die Jusos mit ihrer Kampagne „Bildung kann was!“. Auf einer eigenen Homepage wurden Perspektiven für eine sozialdemokratische Bildungsreform in Baden-Württemberg umrissen. In der heißen Phase des Landtagswahlkampfes rollte vier Wochen lang ein Wahlkampfbus der Jusos durch Baden-Württemberg, um vor Ort den Wahlkampf zu unterstützen. Zur begehrten Ausrüstung entwickelte sich der eigens für den Wahl-

kampf produzierte SPD/Juso-Fanschal, der auch immer wieder vom SPD-Landesvorsitzenden Nils Schmid bei Wahlkampfauftritten getragen wurde.

Weitere „Schlager“ im Jugendwahlkampf waren das Esspapier „Hungrig auf den Wechsel?“ und die Postkarte „Du Opfer“, mit der für eine neue Bildungspolitik in Baden-Württemberg geworben wurde.

Landespolitische Akzente

Landespolitisch meldete sich der Juso-Landesverband regelmäßig mit Pressemitteilungen und Anträgen auf den SPD-Landesparteitagen zu Wort. Ein großes mediales Echo fand die Forderung der Jusos nach einem Untersuchungsausschuss zum Stuttgart-21-Polizeieinsatz vom 30. September 2010. Trotz heftigen Widerstands der SPD-Landtagsfraktion beschloss der SPD-Landesparteitag



Frederick Brütting auf dem Landesparteitag Ulm 2010



auf Antrag der Jusos die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Gleichzeitig setzten die Jusos auf dem Ulmer Parteitag ihre Forderung nach einem Verzicht auf ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen im Land durch.

Auch der Stuttgarter Parteitag im Januar 2011 zum SPD-Regierungsparteitag wurde von den Jusos geprägt. So wurde unter anderem die Forderung nach kostenloser Ganztagesbetreuung auf Betreiben der Jusos im Regierungsprogramm verankert.

Aktuelle Arbeit im Jahr 2011

Auf der Juso-Landesdelegiertenkonferenz am 02./03. Juli 2011 in Osterburken wurde Frederick Brütting erneut als Juso-Landesvorsitzender wiedergewählt. In ihrem Leit-antrag forderten die Jusos eine weitgehende Öffnung der SPD, insbesondere durch die Einführung von öffentlichen Vorwahlen („primaries“) für die Aufstellung von KandidInnen für öffentliche Ämter.

Inhaltlich befassen sich die Jusos im laufenden Arbeitsjahr mit den Themen „Moderne Industriepolitik“ sowie „Integration – Fortschritt durch Vielfalt“ und haben dazu zwei Projektgruppen eingesetzt. Außerdem wurde ein Gesprächskreis zur Innenpolitik initiiert.

Dem Juso-Landesvorstand gehörten im Berichtszeitraum 2009 bis 2011 an:

Juso-Landesvorstand 2009/2010:

Frederick Brütting, KV Ostalb
(Juso-Landesvorsitzender)
Stephan Binsch, KV Sigmaringen
Kathrin Röwer, KV Karlsruhe-Land
Fabian Rothfuss, KV Tuttlingen
Marlene Steg, KV Heilbronn
Frederic Striegler, KV Biberach
Natalie Wöllenstein, KV Konstanz
Mark Zanger, KV Rastatt/Baden-Baden

Juso-Landesvorstand 2010/2011:

Frederick Brütting, KV Ostalb
(Juso-Landesvorsitzender)
Luisa Boos, KV Emmendingen
Johanna Oswald, KV Ravensburg
Dejan Perc, KV Stuttgart
Kathrin Röwer, KV Karlsruhe-Land
Fabian Rothfuss, KV Tuttlingen
Marlene Steg, KV Heilbronn
Frederic Striegler, KV Biberach
Mark Zanger, KV Rastatt/Baden-Baden

Juso-Landesvorstand 2011/2012:

Frederick Brütting, KV Ostalb
(Juso-Landesvorsitzender)
Luisa Boos, KV Emmendingen
Mark Fischer, KV Mannheim
Theresa Gassmann, KV Konstanz
Judith Gremmelspacher, KV Karlsruhe-Stadt
Amely Krafft, KV Tübingen
Benjamin Köpfle, KV Neckar-Odenwald
Frederic Striegler, KV Biberach
Mark Zanger, KV Rastatt/Baden-Baden ■

AG 60 PLUS ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDE- MOKRATISCHER SENIORINNEN UND SENIOREN

Wer es will, lese unsere Broschüre „Erfahrung schafft Zukunft“ mit Vorträgen und Aktivitäten der SPD 60 plus in Baden-Württemberg. Im Berichtszeitraum von Juni 2009 bis Juli 2011 hat sich die SPD 60 plus daran orientiert, unter Demographie mehr als einfach Altersstruktur, unter demographischem Wandel mehr als die Formänderung der Alterspyramide bzw. den Alterungsprozess der Gesellschaft zu verstehen. In unserem Leitantrag formulieren wir: Demographischer Wandel schließt in seiner politischen Dimension „den Schrumpfungsprozess der Bevölkerungszahl ebenso mit ein wie eine sinkende Zahl Neugeborener (Unterjüngung) und die nun schon in der vierten Generation zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt.“ Sinkende Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung – unsere Gesellschaft schrumpft und wird älter. Die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die privaten und öffentlichen Infrastrukturangebote, die öffentlichen Haushalte, den Arbeitsmarkt, aber auch auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts finden in der politischen Praxis noch nicht den notwendigen Widerhall.

Hier lag einer der Schwerpunkte, dessen sich der Vorstand angenommen hat: die in der Wissenschaft vorgeschlagenen Handlungsfelder, Handlungsnotwendigkeiten, wie die Verlängerung der flexiblen Lebensarbeits-

zeit, die Verstärkung der Erwerbsbeteiligung für alle Alterskohorten, die Steigerung der Produktivität wie auch der Nettozuwanderung, unter dem Gesichtspunkt sozialer Verträglichkeit und gesellschaftspolitischer Akzeptanz – sozialdemokratisch – zu diskutieren. Diese Arbeit findet sich in unseren Formulierungsvorschlägen für das Regierungsprogramm 2011 wieder. Wenn auch in starker Ausdünnung und Verteilung, haben diese Gedanken auch die Koalitionsvereinbarung erreicht.

Im SPD-Landesvorstand und in der Antragskommission des Landesverbandes waren wir regelmäßig vertreten. Die Zusammenarbeit des SPD-60-plus-Vorstandes mit dem SPD-Landesvorstand war positiv und konstruktiv, wenngleich wichtige Diskussionen aufgrund bestimmter Vorentscheidungen im Präsidium oder infolge nur begrenzt erfolgreichen Zeitmanagements nicht immer möglich waren. Im Landesvorstand der SPD 60 plus wurden Themen wie „Kosten und Arbeitsergebnis der Werbeagentur für den Landtagswahlkampf“, „Strategie für den Landtagswahlkampf“, „Steuerung der Entscheidungsprozesse“ oder auch die aus unserer Sicht notwendige Analyse und Diskussion des Landtagswahlergebnisses unter Aufnahme der Argumente und Erfahrungen aus den Kreisverbänden diskutiert.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wurde intensiviert. Es fanden regelmäßige Treffen der AG-Vorsitzenden sowie eine gemeinsame Veranstaltung statt. Besuche in vielen Ortsvereinen und Kreisverbänden zu Ehrungen langjähriger



Mitglieder und zu unterschiedlichen Themen gehören zur Routinearbeit im Landesvorstand – ohne Routine zu werden. Im Einzelnen finden sich unsere Angebote und Aktionen in der Broschüre „Erfahrung schafft Zukunft“.

Wahlkampfaktion – Geld oder Welt

Zusätzlich haben wir im Wahlkampf eine besondere Aktion „Welt im (Un-)Gleichgewicht“ angeboten. In mehr als 10 Wahlkreisen wurde an Infoständen eine Wippe als Demonstrationsojekt eingesetzt. Dazu haben wir zwei Flugblätter verteilt, die einerseits die Deregulierung der Finanzmärkte, andererseits die Aufkündigung der Solidargemeinschaft im Gesundheitswesen zum Thema hatten – in Verknüpfung mit unseren landespolitischen Zielen.

Für den Vorstand der SPD 60 plus Baden-Württemberg:

Heinz Aldinger, Angelika Barth, Lothar Binding, Dr. Dietmar Braun, Sieghart Brenner, Marga Elser, Roland Helber, Bärbel Jung, Katja Klepser, Hans Lambacher, Dieter Laux, Christel Masseck, Rose Riedl, Hansjörg Seeh, Peter Steinhilber ■

ASJ ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN

Der ASJ-Landesvorstand trifft sich jeden zweiten Monat in der Regel in Stuttgart, ausnahmsweise auch in Konstanz bzw. Karlsruhe. Zu den Sitzungen werden regelmäßig auch Gäste eingeladen.

Im Frühjahr 2010 hatte sich der Landesvorstand für eine zweitägige Klausurtagung auf die Insel Reichenau im Bodensee zurückgezogen, um die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten zwei Jahre zu bestimmen.

Im Frühjahr 2011 wurde auf einer weiteren zweitägigen Klausurtagung, ebenfalls auf der Insel Reichenau, der Forderungskatalog der ASJ für den Koalitionsvertrag erarbeitet, der dann an die zuständigen Verhandlungsgruppen weitergeleitet wurde. Die Schwerpunkte des Katalogs lagen auf der Unabhängigkeit der Justiz sowie Verbesserungen im Arbeitsrecht und Ausländerrecht. Im Koalitionsvertrag finden sich diese Forderungen auch wieder. Desweiteren wurde die Einrichtung eines Arbeitskreises Recht verabredet, der die politischen Abstimmungsprozesse zwischen Landtagsfraktion, Ministerien und Partei koordinieren soll; die Umsetzung ist bereits im Gang.

Im Bereich des Arbeitsrechts hat die ASJ einen Antrag zum Tariftreuegesetz für den Landesparteitag formuliert. Ziel dieses Antrags ist es, die Umsetzung des Koalitionsvertrags von

„Grün-Rot“ vom 27.04.2011 sicherzustellen: Hier ist auf S. 22 und 23 unter der Überschrift „Mit dem Tariftreuegesetz Mittelstand und Beschäftigte schützen“ zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgelegt, dass ein Tariftreuegesetz für Baden-Württemberg verabschiedet werden soll, um Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verhindern und die Belastung der sozialen Sicherungssysteme zu vermindern.

Um die Außenwahrnehmung zu verbessern, wurde bereits in der letzten Amtsperiode der Informationsrundbrief „ASJ aktuell“ aufgelegt, der weiterhin zweimal pro Jahr erscheint.

Michael Wirlitsch
Landesvorsitzender der
ASJ Baden-Württemberg ■

ASG ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRATEN IM GESUND- HEITSWESEN

Wie schon im vorangegangenen Berichtszeitraum, hat sich die ASG intensiv mit dem Stand der Entwicklung der Gesundheitspolitik auseinandergesetzt. Dabei stehen für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen in der SPD Baden-Württemberg immer die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sowie die gesetzliche Pflegeversicherung (GPfIV) als unverzichtbare Solidarsysteme im Mittelpunkt. Solidarität heißt für die ASG: Sozialausgleich zwischen Besserverdie-

nern und sozial Schwächeren, Risikoausgleich zwischen Gesunden, Kranken und Pflegebedürftigen, Generationenausgleich zwischen Jüngeren und Älteren, Familienlastenausgleich zwischen Singles oder Kinderlosen und Familien mit Kindern. An der Weiterentwicklung dieser Grundsätze und daran, wie sie ausgestaltet werden, muss sich sozialdemokratische Gesundheitspolitik messen lassen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrer Gesundheitspolitik das Tor zu einer weiteren Entsolidarisierung und zu einer Dreiklassen-Medizin weit aufgemacht. Das bekommt der Teil der Bevölkerung immer mehr zu spüren, der auf Solidarität und einen umfassenden Leistungskatalog angewiesen ist. Deshalb ist es für die ASG wichtig, weiter das Modell der solidarischen Bürgerversicherung zu fordern, das die Rückkehr zur Solidarität und Parität im Gesundheitswesen bedeutet.

Im Frühjahr 2010 fanden zwei Expertenanhörungen statt: im Februar mit Prof. Dr. Thomas Gerlinger (Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität, Frankfurt), Matthias Einwig (Verbandsdirektor der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft, Stuttgart) und Herbert Weisbrod-Frey (Abteilungsleiter Krankenversicherung beim ver.di-Bundesvorstand, Berlin); und im April mit Dr. Christopher Hermann (stellv. Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg) und Dr. med. Berthold Dietsche (Vorsitzender des Deutschen Hausärzteverbandes Baden-Württemberg). Auf Grundlage dieser Expertenanhörungen wurde ein umfassender Antrag für die ASG-Bundeskonzferenz ausgearbeitet, in dem wir eine Gesundheitsreform fordern,



die diesen Namen verdient, denn im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse der Patienten.

Bei der Landeskonferenz im September 2010 wurde der Landesvorstand neu gewählt. Ihm gehören an: Klaus Kirschner (Vorsitzender), Dr. Olivier Elmer, Dr. Peter Schwoerer und Marlis Stängle (Stellvertreter) sowie als Beisitzer Dr. René Asché, Manfred Bleil, Dr. Markus Drews, Heinz Grauer, Dr. Uwe Herwig, Oliver-Stefan Reken, Annette Sawade, Peter Schrade, Gabriele Teichmann und Herbert Weisbrod-Frey. Der ASG-Landesvorstand trifft sich ca. alle zwei Monate zu Vorstandssitzungen.

An der ASG-Bundeskonferenz im November 2010 in Berlin nahmen wir mit sieben Delegierten teil. Dabei wurde Klaus Kirschner als Beisitzer im Bundesvorstand wiedergewählt. Unser Antrag wurde weitestgehend in den Leitantrag des Bundesvorstands übernommen.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wurde weiter intensiviert. Die AG-Vorsitzenden trafen sich regelmäßig, und im Oktober 2010 fand eine gemeinsame Veranstaltung „Bildung – Integration – Beschäftigung“ in Reutlingen statt, bei der die ASG den Workshop „Entscheidet die Bildung über unsere Gesundheit?“ übernahm.

Unsere sozialdemokratischen Vorstellungen zur Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg konnten wir im Wahlprogramm verankern. Weiterhin haben wir uns mit Texten für verschiedene Themenflyer zum Thema Gesundheit und Muster-Presseerklärungen für die Gliederungen eingebracht.

Klaus Kirschner
ASG-Landesvorsitzender ■

AGS ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN

Die Mittelstandsvereinigung in der SPD Baden-Württemberg ist die Plattform der Selbständigen, Querdenker und Unternehmer in der baden-württembergischen SPD. Unser Schwerpunkt liegt in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik.

Reform der sozialen Sicherungssysteme, Finanzierung des Mittelstandes, Soloselbständige

Inhaltlich beschäftigte sich der Vorstand insbesondere mit der Frage der Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der Strukturpolitik im ländlichen Raum, dem Fachkräftemangel, alternativen Formen der Finanzierung des Mittelstandes und der Situation der sogenannten Soloselbständigen. In der Debatte um den Ankauf der „Steuer-CD“ forderten wir den Ministerpräsidenten auf, den Datenträger anzukaufen. Auch das Thema Stuttgart 21 wurde im Vorstand intensiv diskutiert und aus Sicht des Mittelstandes – trotz aller Kontroversen – positiv bewertet.

Baden-Württemberg ist wieder im Bundesvorstand

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2010 in Berlin stand die Neuwahl des Vorstandes an. Mit der erfolgreichen Wahl von Ralph Weinbrecht als Beisitzer sind wir wieder im Bundesvorstand vertreten. Er beschäftigt sich mit den Themen „Handwerk und Handel“. Inhaltlich wurde unser Antrag zur Einführung

einer Europäischen Ratingagentur unter Kontrolle der Europäischen Zentralbank angenommen. Der umfangreiche Antrag zur Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme wurde an die Zukunftswerkstatt „Finanzen und Steuern“ überwiesen, in der Alois Reutlinger und Friedhelm von Spießen mitarbeiten. In diesem Antrag sprechen wir uns zur Entlastung der Arbeitskosten für eine Umstellung der sozialen Sicherungssysteme auf eine Steuerfinanzierung aus. Der baden-württembergische Landesverband ist auf Bundesebene mit Lars Barteit und Alois Reutlinger als Mitglieder des Bundesausschusses und Ralph Weinbrecht als Mitglied des Bundesvorstandes gut vertreten.

Zukunft der örtlichen Nahversorgung sichern und gestalten

Im Herbst 2010 organisierten wir in Eberdingen eine Veranstaltung zur Strukturpolitik im ländlichen Raum. Hierbei ging es insbesondere um die Frage, wie man die innerörtliche Versorgung in kleineren Gemeinden aufrecht erhalten und stärken kann. Oftmals führt die Eröffnung von Supermärkten am Ortsrand zu einer Gefährdung der bestehenden Einzelhandelsgeschäfte im Ortskern. Gemeinsam mit dem Eberdinger Bürgermeister Peter Schäfer diskutierten Kurt Bickel und Lars Barteit über Gestaltungsmöglichkeiten der innerörtlichen Versorgung. Mit rund 170 Interessierten war die Veranstaltung hervorragend besucht und fand ein entsprechendes mediales Echo.

Neuwahl des Landesvorstandes in Heilbronn

Bis zur Landeskonzferenz im November 2010 hatte Friedhelm von Spiessen den Landesvorsitz kommissarisch betreut. Vorsitzender des in Heilbronn neu gewählten Vorstandes ist Lars Barteit. Ralph Weinbrecht und der bisherige Landesvorsitzende Alois Reutlinger wurden als Stellvertreter bestätigt. Neu gewählt wurden Ortrun Bäumlein und Dr. Carsten Lotz. Weiter gehören dem Landesvorstand an: Christian Petersen, Kurt Bickel, Erwin Bonkowski, Hans Flogaus, Ulrich Hummel, Rolf Kellenberger, Rosemarie Rehberger, Friedhelm von Spießen, Joachim Ramlow und Helmut Sperling.

Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft

Die Landeskonzferenz 2010 stand unter dem Motto „Fachkräfte – Wirtschaftsfaktor der Zukunft“ und fand im Haus des Handwerks in Heilbronn statt. Unser Leitartikel zeigt Handlungsoptionen auf, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ansatzpunkte sehen wir in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in konkreten Maßnahmen im Bereich der Zuwanderung und Migration. Über die Situation der Fachkräfte diskutierten wir mit Claus Schmiedel (Vorsitzender SPD-Landtagsfraktion), dem damaligen Generalsekretär Peter Friedrich und Oliver Durst (Vizepräsident IHK Heilbronn-Franken). Neben der Fachkräfte-debatte beschloss die Konferenz Anträge zu den Themen Erwerbsversicherung, Neueregulierung der Rundfunkgebühren und im Bereich der Ausbildung.



Wirtschaftsempfang 2010

Auf der Sitzung des Bundesausschusses im Dezember 2010 wurde der neue Auftritt der AGS (Infostand, Imagebroschüre, Internetauftritt) beraten und die Einrichtung von Politikwerkstätten zu den Themen „Finanzen und Steuern“, „Arbeit und Handwerk“ und „Umweltwirtschaft“ beschlossen. Ferner entschied der Bundesausschuss, dass 2011 ein Genossenschaftstag auf Bundesebene durchgeführt werden soll. Im Anschluss an die Sitzung fand der Wirtschaftsempfang mit Peer Steinbrück als Festredner und der Verleihung des Innovationspreises im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt.

Für eine neue Kultur der Selbständigkeit

Auf den Parteitag trugen wir zur Schärfung des wirtschaftspolitischen Profils der SPD bei. Im Regierungsprogramm setzten wir uns für eine neue Kultur der Selbständigkeit ein, um der Wirtschaft Impulse zu geben. Dabei lag unser Augenmerk auf den Existenzgründungen und ihrer Finanzierung durch Mikrokredite. Neben einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Landesmittel zur Förderung der Vergabe von Mikrokrediten setzten wir uns auch für die Einrichtung eines Eigenkapitalfonds mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds ein. Bei den Koalitionsverhandlungen forderten wir eine stärkere Fokussierung der Akteure auf die Wirtschaftspolitik und die Einführung einer Mittelstandsverträglichkeitsprüfung, die vorschreibt, jedes Gesetz künftig auf seine Auswirkungen auf den Mittelstand zu prüfen. Bei der Wirtschaftsförderung soll die

Themenvielfalt zugunsten von vier entscheidenden Zukunftsfeldern gelichtet und unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Wirksamkeit transparenter ausgestaltet werden.

Kontakt zwischen den Landesverbänden ausgebaut

Der Kontakt zwischen den AGS-Landesverbänden wurde weiter ausgebaut. Wir nahmen an den Landeskongressen der AGS im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Bayern teil. Im Februar 2011 diskutierten wir in Bad Kreuznach gemeinsam mit vier weiteren Landesverbänden die Auswirkungen der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für osteuropäische EU-Bürger auf die einheimische Wirtschaft. Dabei wurde die Bundesregierung in einer gemeinsamen Presseerklärung für ihre Weigerung, einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen, scharf kritisiert. Dieses wirtschaftspolitische Signal zur Unterstützung derjenigen Unternehmen, die anständige Löhne für gute Arbeit zahlen, hat die Bundesregierung der Wirtschaft bewusst verweigert. Auch drei Monate später fehlte der Bundesregierung ein klarer Kurs. Auf der Landeskongress in Nürnberg forderten wir gemeinsam Verlässlichkeit in der Energieversorgung mit einer Rückkehr zum ursprünglichen Atomausstieg und einer nachhaltigen Umstellung auf erneuerbare Energien.

Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgemeinschaften intensiviert

Auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Bei der gemeinsamen Veranstaltung zum Thema „Bildung – Integration – Beschäftigung“

im Jahr 2009 in Reutlingen diskutierten wir mit Schülerinnen und türkischen Unternehmern über die Ausbildungssituation. Im Rahmen der Parteireformdebatte nahmen wir 2011 an der gemeinsamen Veranstaltung im Stuttgarter Turmforum teil. Neben der Forderung, die Parteireform als Beginn eines Diskussionsprozesses zu begreifen, machten wir deutlich, dass die Stärkung der Arbeitsgemeinschaften, die Überprüfung von Quotenregelungen und die Öffnung der Partei unter Berücksichtigung der Mitgliederinteressen wichtige Eckpunkte in der Parteireform darstellen.

Weitere Informationen über die SPD-Mittelstandsvereinigung finden sich im Internet unter www.ags-bw.de.

Lars Barteit
AGS-Landesvorsitzender ■

SCHWUSOS ARBEITSKREIS DER LESBISCHEN UND SCHWULEN SOZIALDEMOKRATEN

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Vielfalt – diese Schlagwörter stehen für die Schwusos. Wir sind die lesbischen und schwulen Sozialdemokraten in der SPD und vertreten die Rechte von Homo-, Bi- und Transsexuellen in der SPD.

In den Jahren 2009 und 2010 machten die Schwusos unter anderem zum 01. Mai in Stuttgart und Freiburg auf die Arbeitneh-

merrechte Homosexueller aufmerksam. Die Schwusos Mannheim waren schon am 6. Januar beim Neujahrsempfang des OB Kurz im Rosengarten vertreten gewesen.

Die Schwusos begleiteten 2010/2011 die Christopher-Street-Day-Paraden in Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart und Mannheim, sowie die CSD-Straßenfeste in Ulm und Freiburg. Im Jahr 2010 eröffneten die Schwusos auf dem mit 200.000 Besuchern landesweit größten CSD in Stuttgart den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg mit einem Paradowagen und der bunten Löwenaktion, die wir in Mannheim (ca. 65.000 Besucher) zwei Wochen später erfolgreich fortsetzten. Bei den Mannheimer CSD-Feiern ist besonders die „Rote Kultourtram“ zu erwähnen; diese Fahrt mit Musik und Talk erfreut sich größter Beliebtheit.

Die lesbischen und schwulen Sozialdemokraten in der SPD Baden-Württemberg begleiteten den Landtagswahlkampf sehr aktiv. In den großen Städten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Ulm und Stuttgart waren die Schwusos mit verschiedenen Diskussionen, Kinoabenden und Informationsständen immer wieder zu sehen. Originell war die „Hug-Me-Aktion“ in Mannheim (Umarmungen – SPD zeigt Bürgernähe). Auch in der aktiven Regierungsarbeit können wir als Schwusos die ersten Teilerfolge nach außen präsentieren. So wird die Länderöffnungsklausur, die es Landkreisen, Städten und Kommunen in Baden-Württemberg ermöglichte, gleichgeschlechtliche Paare teilweise in der Kfz-Zulassungsstelle zu verpartnern, endlich abgeschafft!



Auch nach dem Wahlkampf zeigen die Schwusos Flagge: So waren sie auch beim Internationalen Tag gegen Homophobie (17.05.) vertreten und organisierten in Mannheim einen Infostand. In Stuttgart beteiligten sie sich an der Aktion des Bündnisses gegen Homophobie.

Für die Jahre 2013/2014 ist wieder eine Beteiligung auf vielen CSDs in Baden-Württemberg vorgesehen, und wir werden die SPD bei den bevorstehenden Wahlen wieder unterstützen.

Steffen Schaffner

Landesvorsitzender der Schwusos ■

NETZWERK SELBST AKTIV

Kurz vor dem Karlsruher Landesparteitag 2009 hatte das Netzwerk Selbst Aktiv seine Arbeit in Baden-Württemberg aufgenommen. Seitdem sind wir auf jedem Landesparteitag mit einem Infostand vertreten gewesen. Seit der Gründung des Netzwerkes 2001 in mehreren nördlichen Bundesländern und Berlin hatten sich immer wieder Interessierte aus Baden-Württemberg gemeldet. Mit diesen nahm Walter Leyh im Laufe des Jahres 2009 Gespräche auf; so kam es am 17. November zur offiziellen Gründung der Selbst-Aktiv-Landesgruppe Baden-Württemberg, deren Gründungsversammlung Leyh zum Sprecher wählte. Die Gruppe trifft sich seither regelmäßig, meist in Stuttgart. Auch an Sitzungen und Veranstaltungen auf Bundesebene ist Baden-Württemberg seitdem regelmäßig vertreten.

Eine erste Fachtagung zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konnte bereits im Juni 2010 in Heilbronn erfolgreich durchgeführt werden. In zwei Grundsatzreferaten wurden die Konsequenzen für Politik, Gesellschaft und Arbeitgeber erläutert und diskutiert. Die zweite Fachtagung fand im Mai 2011 in enger Kooperation mit der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim statt. Unter dem Thema „Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt“ diskutierten über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit 7 Fachreferenten. Betroffene, Arbeitgeber, Vermittler, Kostenträger und politische Entscheidungsträger konnten sich hier einen Tag lang intensiv und direkt austauschen. Es ist eines der zentralen Anliegen des Netzwerkes, solche Plattformen und Kontakte anzubieten.

Dem Sprecherrat Netzwerk Selbst Aktiv Baden-Württemberg gehören neben Walter Leyh derzeit folgende Personen an: Andreas Lanio, Bärbel Sonnenmoser, Michael Bachmann, Marika Ewert.

Wir sind ein offener Arbeitskreis, Interessierte können also jederzeit dazustoßen!

Walter Leyh

Landessprecher Netzwerk Selbst Aktiv ■

SGK SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEIN- SCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK

Fachkonferenzen und Veranstaltungen

Die SGK führte in den Jahren 2009 bis 2011 landesweite Fachkonferenzen und Veranstaltungen unter anderem zu den Themen kommunale Energieversorgung, Kommunalfinanzen und Abfallwirtschaft durch. Daneben boten die Kreisverbände mit Unterstützung durch den Landesverband dezentral Veranstaltungen, Fachtagungen und Vor-Ort-Termine an.

Besonderes:

- An der kommunalpolitischen Messe „Zukunft Kommune“ 2010 in Stuttgart war die SGK mit einem Stand und einer Podiumsdiskussion vertreten, diese Kooperation wird im Jahr 2012 fort geführt.
- Das SGK-Wanderwochenende in den Alpen wurde 2010 ins Leben gerufen und erfreut sich großer Beliebtheit.
- Im Jahr 2010 fand der DEMO-Kommalkongress in Mannheim statt und lockte mit einem abwechslungsreichen Programm und kompetenten Referent/innen viele Kommunalpolitiker/innen aus ganz Deutschland in die „Quadratstadt“.
- Die juniorSGK führte 2010 in Mannheim und Lauffen Veranstaltungen durch.
- Die SGK-Kreisverbände Freudenstadt und Sigmaringen wurden neu gegründet, andere

Kreisverbände wurden wiederbelebt bzw. stehen vor einer Wiederbelebung.



Spitze der Landes-SGK mit Frank-Walter Steinmeier

LDK 2011

Bei der SGK-Landesdelegiertenkonferenz im Mai 2011 in Reutlingen zeigten sich die Delegierten zuversichtlich, dass die grün-rote Landesregierung die Kommunen als gleichberechtigte Partner sehen und inhaltliche Baustellen zügig angehen wird. Stichworte wie Kommunalfinanzen, Konnexität bei der Übertragung von Aufgaben, den Ausbau der Kleinkindbetreuung und eine verbesserte Einflussnahme der Städte und Gemeinden auf sie betreffende Entscheidungen stehen auf der Agenda für die nächsten zwei Jahre.

Gäste waren unter anderem der SPD-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Nils Schmid, die Reutlinger Oberbürgermeisterin und Präsidentin des baden-württembergischen Städtetags Barbara Bosch, Parlamentarier aller Ebenen,



Vertreter von SPD-Arbeitsgemeinschaften und der Bundes-SGK.

Der SGK-Landesvorsitzende Hermann-Josef Pelgrim wurde überzeugend wiedergewählt, der geschäftsführende Landesvorstand wurde im Wesentlichen bestätigt. Zu einem der vier stellvertretenden Vorsitzenden wurde der neue Innenminister Reinhold Gall gewählt. Damit ist nach Ansicht der SGK eine gute Vernetzung zwischen der baden-württembergischen Kommunalpolitik und der Landesregierung gelungen. Im erweiterten Landesvorstand findet sich eine gute Mischung aus neuen und erfahrenen Mitgliedern, jungen und älteren Kommunalpolitiker/innen in Haupt- und Ehrenamt.

Hauptamtliche

Neue Landesgeschäftsführerin ist seit Januar 2010 die Heilbronner Stadträtin Tanja Sagasser. Sie trat die Nachfolge von Wim Buesink an. Christoph Eberlein arbeitet seit Juni 2010 als Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle in Heilbronn. Susanne Jakob wechselte als Mitarbeiterin in das SPD-Regionalzentrum Heilbronn.

Bundes-SGK

Auf der Bundesdelegiertenversammlung der SGK am 12./13.11.2010 in Bremen wurden die stellvertretenden SGK-Landesvorsitzenden Annette Sawade und Anton Knapp in den Bundesvorstand gewählt. Hermann-Josef Pelgrim ist als SGK-Landesvorsitzender in den Vorstand der Bundes-SGK kooptiert. Annette Sawade ist als stellvertretende SGK-Bundesvorsitzende Mitglied des neuen Kommu-

nalbeirats beim SPD-Parteivorstand. In den Kommissionen „Große Städte“ und „Ländlicher Raum“ der Bundes-SGK sind Mitglieder aus Baden-Württemberg vertreten.

DEMO

Im SGK-Fachorgan „DEMO – Demokratische Gemeinde“ gibt es in jeder Ausgabe einen achtseitigen baden-württembergischen Regionalteil. Dieser Regionalteil hat sich als Verbandsorgan gut etabliert und ist ein wichtiger Bestandteil der verbandsinternen Kommunikation. Die Anregungen der Leser/innen sollen in die Themenauswahl und Gestaltung einfließen, deswegen gab es im Sommer 2010 eine Fragebogenaktion.

Hermann-Josef Pelgrim
SGK-Landesvorsitzender

Tanja Sagasser
SGK-Landesgeschäftsführerin ■



3. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN | SGK



4. DOKUMENTATION



Mitgliederbestand
(Stand: 31. Mai 2011)

Durchschnittsbeiträge
2009 – 2011

Terminübersicht 2009 – 2011



4. DOKUMENTATION

MITGLIEDERBESTAND (STAND: 31. MAI 2011)

Bezirk	Gesamt
SPD-Kreisverband Alb-Donau	335
SPD-Kreisverband Biberach	389
SPD-Kreisverband Bodensee	595
SPD-Kreisverband Böblingen	1.154
SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald	929
SPD-Kreisverband Calw	420
SPD-Kreisverband Emmendingen	717
SPD-Kreisverband Enz-Kreis	723
SPD-Kreisverband Esslingen	1.757
SPD-Kreisverband Freiburg	941
SPD-Kreisverband Freudenstadt	285
SPD-Kreisverband Göppingen	764
SPD-Kreisverband Heidelberg	1.032
SPD-Kreisverband Heidenheim	499
SPD-Kreisverband Heilbronn ST.	626
SPD-Kreisverband Heilbronn	1.286
SPD-Kreisverband Hohenlohe	204
SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt	1.309
SPD-Kreisverband Karlsruhe Land	1.949
SPD-Kreisverband Konstanz	907
SPD-Kreisverband Lörrach	982
SPD-Kreisverband Ludwigsburg	1.688



Bezirk	Gesamt
SPD-Kreisverband Main-Tauber	402
SPD-Kreisverband Mannheim	1.782
SPD-Kreisverband Neckar-Odenwald	961
SPD-Kreisverband Ortenau	1.307
SPD-Kreisverband Ostalb	939
SPD-Kreisverband Pforzheim	240
SPD-Unterbezirk Rastatt/Baden-Baden	1.074
SPD-Kreisverband Ravensburg	570
SPD-Kreisverband Rems-Murr	1.267
SPD-Kreisverband Reutlingen	692
SPD-Kreisverband Rhein-Neckar	3.196
SPD-Kreisverband Rottweil	396
SPD-Kreisverband Schwäbisch Hall	553
SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar	600
SPD-Kreisverband Sigmaringen	215
SPD-Kreisverband Stuttgart	2.067
SPD-Kreisverband Tübingen	903
SPD-Kreisverband Tuttlingen	310
SPD-Kreisverband Ulm	353
SPD-Kreisverband Waldshut	535
SPD-Kreisverband Zollernalb	406
SPD-Landesverband Baden-Württemberg	38.259



4. DOKUMENTATION

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE 2009 – 2011

Kreisverband	Durchschnitts- beitrag 2009*	Durchschnitts- beitrag 2010**	Durchschnitts- beitrag 2011***	Differenz 2010 zu 2011
	Euro	Euro	Euro	Euro
Baden-Württemberg	8,90	8,77	9,22	0,45
Alb-Donau	7,75	7,71	7,93	0,22
Biberach	7,96	8,14	8,07	-0,07
Bodensee	8,45	8,61	8,85	0,24
Böblingen	9,60	9,83	10,48	0,65
Breisgau-H.	8,84	8,96	9,08	0,12
Calw	10,24	9,80	9,76	-0,04
Emmendingen	8,15	8,45	9,01	0,56
Enzkreis	8,60	8,85	9,02	0,17
Esslingen	10,44	10,60	10,92	0,32
Freiburg	9,12	9,28	9,73	0,45
Freudenstadt	9,60	9,66	9,77	0,11
Göppingen	9,81	9,73	10,00	0,27
Heidelberg	8,97	8,92	9,01	0,09
Heidenheim	8,02	8,62	8,72	0,10
Heilbronn-Stadt	9,42	8,93	8,40	-0,53
Heilbronn-Land	8,18	8,32	8,77	0,45
Hohenlohe	10,16	10,32	10,75	0,43
Karlsruhe-Stadt	9,29	9,26	9,55	0,29
Karlsruhe-Land	8,01	7,98	8,22	0,24
Konstanz	8,51	8,60	9,02	0,42
Lörrach	7,94	7,94	8,17	0,23



Kreisverband	Durchschnitts- beitrag 2009*	Durchschnitts- beitrag 2010**	Durchschnitts- beitrag 2011**	Differenz 2010 zu 2011
	Euro	Euro	Euro	Euro
Ludwigsburg	9,80	9,71	10,02	0,31
Main-Tauber	7,15	7,19	7,39	0,20
Mannheim	9,19	9,30	9,60	0,30
Neckar-Odenwald	6,22	6,28	6,46	0,18
Ortenau	8,08	8,17	8,44	0,27
Ost-Alb	8,22	8,42	8,69	0,27
Pforzheim	10,26	10,08	10,63	0,55
Rastatt/Bad.-Baden	8,33	8,39	8,53	0,14
Ravensburg	7,70	7,84	7,85	0,01
Rems-Murr	10,09	10,12	10,41	0,29
Reutlingen	10,00	9,97	10,28	0,31
Rhein-Neckar	7,79	7,82	8,13	0,31
Rottweil	8,09	8,06	8,16	0,10
Schwäbisch Hall	10,81	10,99	11,69	0,70
Schwarzwald-Baar	7,96	8,10	8,02	-0,08
Sigmaringen	7,78	7,75	7,83	0,08
Stuttgart	11,69	11,63	11,56	-0,07
Tübingen	9,99	9,72	9,97	0,25
Tuttlingen	7,83	7,72	7,83	0,11
Ulm	10,79	10,91	11,28	0,37
Waldshut	7,86	7,69	8,18	0,49
Zollernalb	7,93	7,96	7,90	-0,06

* Durchschnittsbeitrag 2009; Stichtag: 31.5.2009

** Durchschnittsbeitrag 2010; Stichtag: 31.5.2010

*** Durchschnittsbeitrag 2011; Stichtag: 31.5.2011



TERMINÜBERSICHT 2009 – 2011

2009

September

27. | Bundestagswahl

Oktober

21. | Regionalparteitag, Göppingen

November

03. | Regionalkonferenz Südwürttemberg, Ulm

04. | Regionalkonferenz Südbaden, Offenburg

05. | Regionalkonferenz Nordbaden, Hockenheim

07. | Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz, Esslingen

07. | Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

07./08. | ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Mannheim

11. | Regionalkonferenz Nordwürttemberg, Gaildorf

21. | AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe

21. | Ortsvereins-/Kreisverbandstag zur Mitgliederbefragung zur Wahl des Landesvorsitzenden

27./28. | Landesparteitag, Karlsruhe

Dezember

11./12. | Landesvorstandsklausur, Stuttgart

2010

Januar

13. | AG 60 plus Neujahrsempfang, Stuttgart

Februar

17. | Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg

März

13. | SGK-Fachkonferenz Kommunalisierung, Stuttgart

20. | Spitzentreffen Baden-Württemberg, Mannheim

20. | Jugendlandtag mit dem Landesjugendring und dem Ring politischer Jugend, Stuttgart

22. | Juso-Ehrenamtsempfang mit Erwin Staudt, Stuttgart

April

24. | Konferenz zu Migration und Integration, Stuttgart

Mai

07. | Konferenz Open Space, Stuttgart

08./09. | Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Konstanz

08./09. | ASJ-Klausurtagung, Insel Reichenau
15. | impuls 2011 – Kreativkonferenz für den Landtagswahlkampf, Tübingen



Juni

- 05. Jahreshauptversammlung von Selbst-Aktiv, Heilbronn
- 12. Landesdelegiertenkonferenz, Gesellschaft 2.0, Ehningen
- 16./17. DEMO-Kommunalkongress mit dem Juso-Landesverband und juniorSKG, Mannheim
- 17. AfA-Veranstaltung „Keine Zwei-Klassen-Medizin“, Stuttgart
- 27. Carlo-Schmid-Preisverleihung, Mannheim

Juli

- 10. ASJ-Landeskonferenz, Karlsruhe
- 16. Veranstaltung „Junge Rote“ des Juso-Landesverbandes und der juniorSGK, Lauffen a.N.
- 20. Sommerempfang für Personal- und Betriebsräte, Stuttgart

Juli/August

- 31./01. Juso-Bildungsgipfel, Karlsruhe

September

- 11. AGS-Landeskonferenz

Oktober

- 16. Landesparteitag Ulm, Einbringung Ulmer Erklärung
- 27. Regionalparteitag, Esslingen
- 30. Veranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaften zum Thema „Bildung – Integration – Beschäftigung“, Reutlingen

November

- 20. Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

2011

Januar

- 15. Präsidium und Landesvorstand
- 15./16. Juso-Neumitgliederseminar
- 19. Christen in der SPD, Veranstaltung „Wieviel Privatschule darf ein Staat zulassen?“ mit Norbert Zeller MdL, Stuttgart
- 21. AG 60plus, Neujahrsempfang, Stuttgart
- 22. Landesparteitag zum Regierungsprogramm, Stuttgart
- 28. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 29. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Februar

- 07. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 11. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 14. ASF, Ausstellungseröffnung, Stuttgart
- 15. Bundesweite Betriebsrätekonferenz, Veranstaltung in Kooperation mit dem Parteivorstand und dem Landesverband Rheinland-Pfalz, mit Sigmar Gabriel und Kurt Beck, Mannheim
- 18. Integrationspolitische Veranstaltung mit SPD-ve biz und Sigmar Gabriel, Stuttgart



4. DOKUMENTATION



25.	Präsidium	15.	Christen in der SPD, Diskussion „SPD nach der Wahl: Vorwärts wohin?“, Stuttgart
März		16.	ASF-Landesausschuss, Stuttgart
05.	Landesvorstand	19.	AG 60 plus Landesvorstand, Stuttgart
09.	Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg	Mai	
10.	AG 60 plus Landesvorstand, Stuttgart	03.	Mitgliederbefragung
11.	ASF-Landesvorstand, Stuttgart	07.	Landesparteitag, Sindelfingen
12.	Menschenkette Neckarwestheim-Stuttgart	09.	AGS-Landesvorstand, Stuttgart
13.	Wahlkonvent, Böblingen	10.	ASF, Lesung mit Bascha Mika, Stuttgart
14.	AGS-Landesvorstand, Stuttgart	12.	Christen in der SPD/ Forum Zivilgesellschaft, Diskussion „Wie viel Volk darf sein? Basisdemokratie versus repräsentative Demokratie“, Stuttgart
18.	AASF-After-Work-Party, Stuttgart	14.	SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart
19.	ASJ-Landesvorstand, Stuttgart	18.	AG 60 plus-Landesvorstand, Nürtingen
23.	Abschlusskundgebung mit Sigmar Gabriel, Karlsruhe	20.	Präsidium
27.	Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz	21.	ASJ-Landesvorstand
28.	Präsidium und Landesvorstand	23.	AfA-Landesvorstand, Stuttgart
30.	Polizeibeirat	27.	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
31.	AfA-Landesvorstand, Stuttgart	28.	Präsidium, Landesvorstand, Kreisvorsitzendenkonferenz
April		Juni	
08.	Präsidium	04.	AG 60 plus, Landesvorstand, Stuttgart
09.	Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz	06.	AGS-Landesvorstand, Stuttgart
11.	Regionalkonferenz, Karlsruhe	08.	Polizeibeirat, Stuttgart
12.	Regionalkonferenz, Ludwigsburg	18.	ASF-Landesausschuss
13.	Regionalkonferenz, Weingarten		
13.	Polizeibeirat, Stuttgart		
14.	Regionalkonferenz, Bad Krozingen		
15.	ASG-Landesvorstand, Stuttgart		



27. | AfA-Landesvorstand, Stuttgart

Juli

01. | ASG-Landesvorstand, Stuttgart
 02./03. | Jusos Landesdelegiertenkonferenz,
 Osterburken
 09. | AG 60 plus Landesdelegiertenkon-
 ferenz, Freiburg
 15. | Präsidium
 18. | AGS-Landesvorstand, Stuttgart
 19. | AG 60 plus Landesvorstand,
 Stuttgart
 22. | ASF-Landesvorstand, Stuttgart
 23. | Landesvorstand
 23. | ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

August

01. | AfA-Landesvorstand, Stuttgart
 17. | Landesvorstand

August/September

31./01. | AG 60 plus Bundeskonferenz,
 Berlin

**SPD-Landesverband
Baden-Württemberg**

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon 0711 / 619 36-0
Telefax 0711 / 619 36-20

www.spd-bw.de
info@spd-bw.de

Impressum

Herausgeber SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Verantwortlich Marten Jennerjahn

Druck
Konzeption/Umsetzung

Lektorat

Eigenproduktion
IFK Berlin
(Christian H. Schuster,
Matthias Werth)
Cornelius Ludwig